

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Geld pränumerando:
 Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnements 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in der Post-Vertheilungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Verlagst. Ullrich, außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeils über deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inzerate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Städtische Straßenbahnen in Berlin.

Die vor einigen Tagen durch die Tagespresse veröffentlichte Nachricht, wonach das Polizeipräsidium es abgelehnt hat, die von der städtischen Verkehrsdeputation nachgesuchte Genehmigung zur Errichtung mehrerer Straßenbahnlinien beim Verkehrsminister zu befürworten, giebt uns Veranlassung, die politische und ministerielle Straßenbahn-Politik in Berlin zur öffentlichen Diskussion zu stellen.

Der Entschluß, städtische Straßenbahnen zu bauen und zu betreiben, ist erst nach schweren Kämpfen gegen die im Magistrat und in der Stadtverordneten-Versammlung sitzenden Befürworter der privatkapitalistischen Ausbeutung der Straßen Berlins gefaßt worden.

Zu dem sorgfältigen Drängen der socialdemokratischen Stadtverordneten mußte die Fusionierung der Charlottenburger- und Porzellanbahn-Gesellschaften mit der Großen Berliner Straßenbahn, sowie die rückwärtslose, nur ihren eignen materiellen Interessen dienende Betriebsart der letzteren können, um auch den begehrtesten Anhängern der Straßenbahn-Dividenden klar zu machen, daß der Herrschaft des Privatkapitals im Verkehrswesen ein Riegel vorgeschoben werden müsse.

Noch ein Versuch, dem bedrohten Privatkapital die Wege zu retten, wurde gemacht, indem der Bau und Betrieb der von der Verkehrsdeputation in Aussicht genommenen Linien ausgeschrieben wurde.

Bei den Verhandlungen ergab sich, daß die Gefahr, einem Berliner Straßenbahnnetz ausgeliefert zu werden, nicht durch Verträge ausgeschlossen werden konnte, und dieser Erkenntnis sowie den oben angeführten Begleitumständen ist es zu danken, daß in der städtischen Verwaltung der Entschluß reifte, eigene Bahnen zu bauen und deren Betrieb in städtische Regie zu nehmen.

Eine nicht unwesentliche Rolle spielte bei diesem Entschluß auch der Umstand, daß das Kleinbahngesetz dem Minister die Möglichkeit giebt, gegen den Willen der Gemeinde die Zustimmung zur Anlage von Straßenbahnen zu erteilen.

Wollte die Stadtverwaltung nicht das Verfügungsrecht über die von ihr geschaffenen und unterhaltenen Straßenbahnen preisgeben, so mußte der Straßenbahnverkehr von der Stadt übernommen und weiter betrieben werden.

Wir haben schon häufig nachgewiesen, daß eine vernünftige, gesunde, dem Gemeinwohl dienende Kommunalpolitik das Verkehrswesen im Interesse der Gesamtheit selbst regeln und betreiben muß. Vom kommunal-finanziellen Standpunkt aus ist es ein Unbild, dem Privatkapital gegen das Wohl einer Stadt die Ausnutzung städtischen Eigentums zu überlassen; aber auch der Verkehr muß naturgemäß darunter leiden, weil die Aktien-Gesellschaften in ihrem finanziellen Interesse nur rentable Linien anlegen, während das kommunale Interesse die Erschließung neuer Quartiere durch Straßenbahnen verlangt, wobei die Rentabilität der Verkehrsmittel nicht allein entscheidend sein kann.

Der Plan, eigene städtische Linien zu errichten, wurde vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung gutgeheißen und man konnte bei dieser Sachlage glauben, daß diese Angelegenheit von allen zuständigen Instanzen gefördert werden würde.

Freilich daran konnte niemand denken, daß den in seinen heiligsten Aufgaben gefährdeten Privatkapital ein Helfer in der Person des preussischen Eisenbahnministers entstehen würde.

Vorher wie das Schicksal der geplanten städtischen Linien darlegen, müssen wir zu der Berliner Verkehrsdeputation des Herrn Ministers u. Thielens sowie zu der Einwirkung des Kaisers auf die Berliner Verkehrsverhältnisse einige Ausführungen machen.

Wir erinnern daran, daß die Umwandlung des Pferdebahnbetriebes in den elektrischen Betrieb erfolgte auf Grund eines Vertrages mit der Großen Berliner, der im Jahre 1910 abläuft und mit dessen Ende der Bahnkörper in den umentgeltlichen Besitz der Stadt übergeht.

Die Absicht der Stadt ging bei Abschluß des Vertrages dahin, sich die Uebernahme des Betriebes von 1910 an zu sichern und die Errichtung der geplanten städtischen Linien sollte auch zur Vorbereitung für den 1910 zu übernehmenden großen Betrieb dienen.

Aber die Stadt denkt — und Herr v. Thielens lenkt. Wie der Blitz aus heiterem Himmel kam die Nachricht, daß die staatliche Konzession der Großen Berliner auf dreißig Jahre, also bis 1940, von dem Minister verlängert sei. Diese ministerielle Zustimmung an die Aktiengesellschaft erfolgte, ohne daß man es der Nähe für wert gehalten hat, die städtische Verwaltung zu hören oder gar zu fragen.

Der neue Direktor der Großen Berliner, der frühere Ministerialdirektor Herr Niide, brachte dieses wertvolle Dokument seiner Gesellschaft als Morgengabe dar. Wahrscheinlich der Aufsichtsrat der Gesellschaft wußte was er that, als er sich die wertvolle Kraft des Herrn Niide sicherte. Die Entlohnung des Herrn — man wußte von 60 000 M. Gehalt, verbunden mit der statutenmäßigen Pension, sowie von 300 000 M. Entschädigung für die aufgegebenen Pensionsansprüche an den Staat — ist gewiß nicht zu hoch für die Instandhaltung des aus dem Direktorialbureau in das Ministerhotel führenden Drahtes.

Aber daß ein Mitglied der Regierung, dem doch die städtischen Pläne bezüglich des Verkehrswezens nicht unbekannt geblieben sein konnten, sich herbeiläßt, einer Aktiengesellschaft Waffen gegen die Stadtverwaltung zu schmieden und anzuzuliefern, das ist eine That- sache, die deutlich zeigt, wach hoher Protektion sich die privatkapitalistischen Unternehmungen zu erfreuen haben. Besonders pikant wird dieser Vorgang noch dadurch, daß der Polizeipräsident in dem betreffenden Schreiben mitteilte, daß er vom Minister angewiesen

worden sei, die Konzessionsverlängerung zu erteilen — woraus zu schließen ist, daß der Polizeipräsident selbst gegenteiliger Ansicht gewesen ist als sein Chef, der Minister von Thielens.

Die Position der unter Leitung des Herrn Niide stehenden Gesellschaft bei den staatlichen Instanzen muß eine höchst angenehme sein, wie sich aus dem Umstande ergibt, daß die Gesellschaft ihre Projekte und Pläne meist von dem Polizeipräsidium prüfen bezw. genehmigen läßt, ehe die Stadt damit befaßt wird. Aus dieser Praxis entsteht dann u. a. die Annahme, daß die Gesellschaft der Stadt in einem Fall mitteilt, daß der Polizeipräsident die Gesellschaft angefordert hat, das Ergänzungsverfahren einzuleiten, wenn die Stadt die Forderung der Gesellschaft nicht erfüllt.

Der zur Verfügung stehende Raum reicht nicht hin, um alle Vorkommnisse zu schildern, aus denen hervorgeht, wie schwer es der Stadt wird, ihre Position gegen die von der Sonne beherrschten Wohlwollenden beleuchtete Aktiengesellschaft zu wahren. Zusammenfassend dürfen wir sagen, daß, wenn die Stadt nur einen Bruchteil des Entgegenkommens gefunden hätte, wie es den Aktiengesellschaften zu teil geworden — einige städtische Straßenbahn-Linien wären bereits in Betrieb.

Ein andres eklatantes Beispiel politisch-staatlicher Begünstigung liefert die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft Siemens u. Halske.

Die städtische Verkehrsdeputation ist sich klar darüber, daß eine Entlastung der hauptsächlichsten Verkehrswege der Stadt erfolgen muß. Man kann in diesen Straßen nicht noch mehr Nebenbahnen betreiben, sondern muß dazu übergehen, Verkehrswege unter den Straßen zu schaffen. Aus dieser Erkenntnis plante die Verkehrsdeputation die Anlage einer Unterpassierbahn vom Potsdamerplatz bis zum Spittelmarkt.

Auf Anfrage beim Polizeipräsidium wegen Genehmigung folgte der Bescheid: „Diese Linie müsse der Firma Siemens u. Halske vorbehalten bleiben, damit die von dieser Gesellschaft betriebene Hochbahn rentabler werde“. Auch hier wird durch jarte Rücksichtnahme auf eine Aktiengesellschaft, die Stadt gehindert, dem Verkehr neue Wege zu bahnen, die zugleich den städtischen Finanzen zu Gute kommen.

Als die Stadt die Aktien der Siemens u. Halskeschen Straßenbahnlinien ankaufte, um diese Linien in Verbindung mit den städtischen geplanten Linien zu einem von andern Gesellschaften unabhängigen städtischen Straßenbahnnetz auszugestalten, durfte man auf Grund eingeholter Auskunft darauf rechnen, den Uebergang über die Straße unter den Häusern genehmigt zu erhalten.

Es ist bekannt, wie dieser Plan durch den Einbruch des Kaisers gescheitert und damit die Möglichkeit geschwunden ist, das von der Stadt in diesen Aktien angelegte Kapital einigermassen zu verzinsen, und die Linien rentabel zu machen.

Als der Accumulatorenbetrieb in Oberleitung umgewandelt wurde, geschah dies auf Grund eines kaiserlichen Befehls, der neben andern Motiven für die Maßregel ausdrückliche betonte, daß wirtschaftliche Rücksichten auf die Betriebsgesellschaften zu nehmen seien.

Nun zu den projektierten städtischen Straßenbahnlinien. Nach langen mühevollen Beratungen hatte die Verkehrsdeputation eine Anzahl neuer Linien festgelegt, welche einige bisher weniger berücksichtigte Stadtteile mit Straßenbahnen versehen und die Verbindung der Stadtteile untereinander verbessern sollten.

Da die Stadt als Unternehmerin ebenfalls an die Genehmigung des Polizeipräsidenten gebunden ist, so wurden zunächst die all-gemeinen Projekte mit der Bitte eingereicht, die prinzipielle Zustimmung zu erteilen.

Hierauf erfolgte die Antwort, daß der Polizeipräsident der Absicht, städtische Straßenbahnen zu bauen und zu betreiben, große Sympathie entgegenbringe, aber um die Einreichung der Spezialprojekte, denen die wohlwollendste Prüfung zu teil werden solle, ersuche. Dieser Aufforderung kam die Verkehrsdeputation nach, indem die Einzelpläne vor nahezu zwei Jahren dem Polizeipräsidium mit der Bitte um staatliche Genehmigung der Linien überhandt wurden.

Die Projekte fanden in verschiedenen Punkten nicht den Beifall des Polizeipräsidiums. Wiederholt wurden die Trace sowie die Haltestellen nach den Wünschen der Behörde abgeändert, bis schließlich in einer kommissarischen Verhandlung von den Vertretern der Polizeibehörde die Ansicht ausgesprochen wurde, daß die Linien keine Aussicht auf Genehmigung hätten.

Da die definitive Entscheidung nicht durch den Polizeipräsidenten sondern durch den Minister für öffentliche Arbeiten zu treffen ist, so beschloß die Verkehrsdeputation auf Vortrag des Decernenten, unter Vorbereitung des Materials zu einer Denkschrift an den inzwischen neu ins Amt berufenen Eisenbahnminister Herrn Ludde, die Angelegenheit bei der entscheidenden Instanz weiter zu verfolgen, vorher jedoch die Antwort des Polizeipräsidenten abzuwarten. Inzwischen sind wieder etwa 4 Monate vergangen, ohne daß die Verkehrsdeputation etwas über das Schicksal ihrer Anträge erfuhr. Vor wenigen Tagen erschien nun die Nachricht — deren Ursprung vielleicht in dem Bureau irgend einer Behörde zu suchen ist — daß in der Vorinstanz des Polizeipräsidiums die Ablehnung der Projekte erfolgt sei und daß eine dementsprechende Entscheidung dem Minister vorgeschlagen würde. Die Verkehrsdeputation beschloß hierauf sofort energischen Widerspruch beim Minister zu erheben und demselben die Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt der städtischen Aufgaben und Interessen vorzutragen.

Wir wissen nicht, ob und welcher Erfolg von diesem Schritte zu erwarten ist. Herrscht im Ministerium Ludde der alte Thielensche Geist, so fällt, fürchten wir, die Entscheidung wieder zu Gunsten des durch die Aktiengesellschaften — namentlich der Großen Berliner — vertretenen Privatkapitals und der Dividendenjäger aus. Die Macht des in

den Straßenbahn- und Electricitätsgesellschaften koalitierten Kapitals — es handelt sich um viele, viele Millionen Mark! — ist ungemein groß. Die Beziehungen aus den Gesellschafts- und Bankcomptoiren in die Büreaus der entscheidenden Stellen sind so vielfältig, die unsichtbaren aber starken Fäden, welche die Pluto- mit der Bureaucratie verbinden, üben so gewaltigen Einfluß aus, daß auch hier wieder der gesunde sociale Gedanke der gefährlichen Prozenimaderei zu unterliegen droht.

Das einzige Mittel, welches vielleicht noch in letzter Stunde es ermöglicht, in Berlin den Plan, städtische Straßenbahnen zu bauen, ist die Klucht in die Deffentlichkeit.

Die öffentliche Meinung, vor allem die vom Kapitalismus unabhängige Presse muß gegen die Unterdrückung städtischen Verkehrsbetriebes und gegen die Bevorzugung privater Kapitalgesellschaften zum Nachteil der städtischen Verwaltung laut und nachdrücklich protestieren.

Die bisher von Amtsstube zu Amtsstube geführten Verhandlungen sind durch und an das Licht der Deffentlichkeit gebracht, damit die Bürgerkraft weiß, wo und bei wem die Verantwortung dafür liegt, wenn jahrelange Mühe sowie sehr erhebliche Kosten für die Vorarbeit vergebens aufgewendet sind, um das Verkehrswesen in einer den Interessen der Gesamtheit dienenden Weise zu regeln.

Die Deffentlichkeit — so meinen wir — muß es dem neuen Eisenbahnminister erleichtern, darüber zu entscheiden, ob die in der städtischen Verwaltung verkörperte Bürgerkraft oder die Direktoren und Aufsichtsräte von ein paar Aktiengesellschaften die Verkehrsmittel schaffen und die Verkehrsbedingungen für Berlin bestimmen sollen.

Gerade jetzt, wo wir auch im Stadthaushalt ungünstigeren Verhältnissen entgegengehen, erwächst den Stadtbehörden die verstärkte Pflicht, die Stadt in der Abwehr kapitalistischer Umklammerungsversuche zu unterstützen. Die Thielensche Verkehrsdeputation hat schwer auf Berlin gelastet. Wir wollen sehen, was seinem Nachfolger höher steht: die Förderung der städtischen Verwaltung oder die Unterstüßung des Privatkapitals durch Auslieferung städtischer Verkehrswege an Aktiengesellschaften.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Oktober.

Des Zollspiels.

Die „Kreuz-Ztg.“ erwidert auf die Beschuldigungen der Centrums-presse, als trägen die Konservativen die Schuld an der Gefährdung des Zolltarifs. Nicht mit Unrecht sagt die „Kreuz-Ztg.“, daß die Sonderwünsche des Centrums mindestens ebenso große Schwierigkeiten für das Zustandekommen der Vorlage herbeigeführt hätten als das Verlangen der Konservativen nach weiterer Erhöhung der agrarischen Mindestzölle.

Interessanter ist zur Kennzeichnung der Aussichten der Zoll-vorlage, daß die Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ heute auf-fällig gegen die Beschlüsse der konservativen Reichs-tagssraktion Stellung nimmt. In einer Leipziger Veranlassung hat der Abg. v. Frege, der wohlbekannte frühere Vicepräsident des Reichstags, „sein politisch-wirtschaftliches Testament“, wie er selbst sagt, niedergelegt. Er bedauert sehr, daß „man aus Partei-rücksichten zur Ablehnung des Zolltarifs der Regierung gelangt sei“. Diese seiner Parteifreunde hätten in der Sache ganz anders, hielten sich aber durch früher gegebene Verprechungen für gebunden. Jeder einsichtige Land-wirt, so fuhr Herr v. Frege fort, solle dahin wirken, daß der jetzige Zolltarif zur Verabschiedung gelange; sonst drohe eine neue Caprivische Wera und damit „unberechenbarer Schaden für die Landwirtschaft“. Diese Versicherungen zeigen, daß unter den Konservativen keineswegs Einigkeit herrscht über ihre weitere Stellungnahme zur Regierungsvorlage; der Majorität der Fraktion, welche durch beharrliche Ablehnung der Vorlage noch höhere Zölle zu extroyen hofft, steht eine Minorität gegenüber, der dieses Spiel gefährlich scheint. Besonders auffällig ist nun aber, daß die „Kreuz-Zeitung“ keineswegs, wie man hätte erwarten können, den Abgeordneten v. Frege ob verfehlter Rathschläge befehdet, daß sie vielmehr erklärt: „Es ist bedauerlich, daß Herr von Frege durch seine Krankheit verhindert war, seine abweichende Ansicht in der Fraktion mit dem Nachdruck geltend zu machen, den er jetzt, nach seiner Genesung, seinen Darlegungen zu geben weiß, und wir zweifeln nicht daran, daß, wenn er nun als völlig Genesener in der Fraktion wiederholt, was er in der Leipziger ökonomischen Societät gesagt hat, seine Ausführungen die gebührende Beachtung finden werden.“ Dieser Vorgang bestätigt nur unsere Auffassung, daß jeder Augenblick die Aufgabe des konservativen Widerstandes und das Einschreiten der jetzt noch trüglicherweise Jögernden zur Regierungsvorlage bringen kann.

Zur Kennzeichnung des Wirkens der Ansichten und Hoffnungen im Zolllager ist ein Berliner Artikel der Münchener „Allg. Ztg.“, die als Willkürverträge gilt, zu citieren. Dieser Artikel wendet sich gegen diejenigen, die nicht mehr an das Zustandekommen der Vorlage glauben wollen; er führt aus:

„Gewiß, materiell brodadet, ist das Kommissions-ergebnis recht unerfreulich; zu den schon vor-handenen schwerwiegenden Differenzpunkten ist sogar im letzten Augenblicke noch ein neuer hinzukommen, indem der Verwendungs-antrag des Centrums, wenn auch nur durch eine Zufallsmeinung, angenommen wurde. Aber wie viele von diesen Differenzpunkten sind denn eine wirklich ernst zu nehmende Gefahr? Daß der eben erwähnte Centrumsantrag im Pleum des Reichstags eine Majorität

Es war eine inuofante Massenlandgebung. Ihr wahrer, proletarischer und intellektueller Charakter wurde ebenso wenig durch das bloße offizielle Kommando getrübt, wie durch die ewigen dogmatischen „Sicherheits“vorlesungen der Polizei, die namentlich das Tragen von Fahnen und Standarten im Leihenverbot verboten hatte. Die Inschriften auf den zahlreichen Kränzen erregten in deutlicher Weise die sinnbildliche Bedeutung der roten Fahnen. Und auch die Zusammenlegung des Juges zeigte deutlich, daß das Frankreich der Zukunft hinter dem Sarge des Dichters der „Arbeit“ und der „Wahrheit“ marschierte. Die organisierten und sozialistisch gesinnten Proletarier bildeten die überwiegende Mehrheit der unabsehbaren Menge, die mehr als zwei Stunden brauchte, um an dem Sarge vorbei zu passieren.

Die Pariser Arbeitsbörse war besonders zahlreich vertreten. Ihr Sekretär, Briat, erhielt auf Madame Jolas Wunsch einen Ehrenplatz am Leichenwagen neben den persönlichen und literarischen Freunden des Verstorbenen. Der Kranz der Arbeitsbörse trug die Aufschrift: „Gemeinlich, Arbeit, Wahrheit“.

Nebenher waren die im Juge getragenen Kränze — mit wenigen Ausnahmen, wie die der Liga der Weisenrechte, einer Freimaurerloge und einer einzigen radikalen politischen Gruppe — von sozialistischen und zwar jauchenden und allemannlichen, sowie von gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen gemeldet. Das Interlokale Komitee der P. S. F. und das allgemeine Sekretariat beteiligten sich am Leichenzuge in corpora mit eigenen Kränzen. Im einzelnen seien noch genannt die Kränze der „Petite République“, der „Amorce“, des Verbandes der Konsumgenossenschaften, der Produktionsgenossenschaften und mehrerer „populärer Universitäten“ (Volkshochschulen). Aus der Stadt Dinain erschien eine Delegation, an deren Spitze eine symbolische Gruppe marschierte: ein Kohlengräber, ein Sämling und ein Bauer, in der entsprechenden Arbeitsstracht. Eine Gruppe russischer Studenten und Studentinnen marschierte hinter dem Kranz der russischen sozialdemokratischen Organisation „Schisna“.

Die belgische Arbeiterpartei ließ sich durch die Genossen Furonmont und Demblon vertreten.

Von den am Grabe gehaltenen drei Reden erhob sich nur die von Jolas Mitkämpfer Anatole France über das durchschnittliche Niveau von Leichenreden, und nur sie wurde dem großen Toten allseitig gerecht. Anatole France hat in trostigen Worten Jolas Kampf ums Recht verherrlicht, diesen mit dem ganzen Lebenswert des Verstorbenen innig verknüpfend. Seine Rede wurde mit besonders starkem Beifall gelohnt und ihm wurde eine Ovation bereitet.

Die Feier, die drei Stunden dauerte, verlief durchaus ruhig, ohne nennenswerten Zwischenfall. Die Nationalisten mußten in ohnmächtiger Eile der Verherrlichung ihres besiegten Feindes durch das denkende und arbeitende Paris zusehen.

Auch der mögliche Trost, daß angesichts ihrer Drohungen, der dadurch verursachten Verheerungen des Volkseinkommens und der Knechtlichkeit der persönlichen Freunde Jolas — wenigstens Alfred Dreyfus dem Verleumdungserbe überlassen werde, auch dieser Trost ist zu Schanden geworden. In letzter Stunde hat Dreyfus doch auf seiner Leinwand bestanden.

Eine Loyalitätserklärung De Wets.

In einer zu Ehren der Vorengenerale am Montag veranstalteten großen Versammlung in Brüssel erklärte De Wet: „Angesichts der gewaltigen Begeisterung, die wir hier sehen, fragen wir uns: Warum hat keine Intervention stattgefunden? Gott hat gewollt, daß wir unsere Unabhängigkeit verlieren sollten. Wir werden dem neuen Vaterlande treu bleiben, wenn die Friedensbedingungen loyal ausgeführt werden. Die Engländer sind unsere Feinde nicht mehr. Ich habe den Friedensvertrag mit unterzeichnet und werde mein Wort halten.“

Beiseuchung Ungarn.

Neue Ausscheidungsschwierigkeiten. Dem „B. Z.“ wird aus Budapest gemeldet: Lieber die heutige Audienz Koloman Szells beim Kaiser gelangen sehr erliche Nachrichten hierher. Als Szell die Hofburg verließ, erklärte er, seine Mission sei beendet, das Hebrige liege an Monarchen. Von privater Seite wird mitgeteilt, der Monarch habe sich bemüht, Szell von seinem Standpunkt abzubringen, und als dies unmöglich war, erklärte der Kaiser, er werde nochmals mit Koerber reden. Die Ursache der neuesten Spannung zwischen den beiden Kabinetten ist, daß Koerber im letzten Moment mit neuerlichen Forderungen auftrat, welche Szell für unerfüllbar erklärte. Man vermutet hier, daß diese Forderungen nicht bloß finanzieller, sondern auch politischer Natur seien und sich auch auf die Anwendung des 14. des bekannten Notparagrafen, auf den Ausgleich beziehen.

Frankreich.

Neue Programmen des Kabinetts.

Das neue Kabinet wird nicht müde, durch seine Mitglieder, teils durch individuelle, teils auch gleich durch kollektive rednerische Aktion, seine sühnen und durchgreifenden programmatischen Grundsätze anklindigen zu lassen. Kommt ein Kabinet hat in kurzer Zeit so viel rednerische Kundgebungen veranstaltet als das jetzige. Wenn die Thesen die Versprechungen auch nur einigermaßen einlösen, darf man mit dem Kabinet zufrieden sein. Die neuesten Programmenreden wurden auf dem Jahresbankett des republikanischen Handels- und Industrie-Komitees gehalten, bei dem Ministerpräsident Combes präsierte. Nach einer Ansprache des Handelsministers Trouillot nahm Combes selbst das Wort zu einer längeren schärfz punktierten Rede. Die Politik Waldeck-Rousseaus, führte er aus, habe keine Verringerung erfahren. Der Ministerpräsident entwarf sodann ein Bild des Kampfes, der sich zwischen dieser Revolution und der Gegenrevolution entfalten habe, die sich mit Hilfe ihrer Mächte bestrebe, dem republikanischen Frankreich alle Eroberungen der Revolution wieder zu entreißen. „Diese Gegenrevolution“, setzte Combes hinzu, „vermummt sich, indem sie ihre Taktik ändert, hinter der republikanischen Masse und mit dem Rufe „Gott die Freiheit“, stürzt sich die Welt des Klosters, plötzlich erkrankt durch die Gnade der Revolution (Heiterkeit) vor den Klüften nieder und ruft den Gott des Syllabus zum Zeugen der Unabwankheit des freien Gedankens an.“

Die Durchsührung des Programms des Ministeriums“, fuhr der Ministerpräsident fort, „hat kaum begonnen, aber wir werden die nötige Energie besitzen, sie zu Ende zu führen. Man soll später nicht sagen, daß infolge mangelhafter Pflichterfüllung der Regierung das Vereinsgesetz ein toter Buchstabe bleibt, daß die Kongregation ihr Wert der moralischen Anrechnung verliert, daß die Beamten ihre Stellung mißbrauchen, um der Republik zu trotzen, daß das ungerechte Steuersystem nicht reformiert wird, daß die Arbeiter auf die Aussicht verzichteten sollen, in ihren alten Tagen ein sicheres Unterkommen und ihr tägliches Brot zu haben. Bei der Durchführung dieser Aufgabe zählt das Ministerium auf die Mitarbeit aller Gruppen der republikanischen Partei. Die Regierung, welche auf die Unterstützung der Handelswelt und der Industrie rechnet, habe die Pflicht mit Sorgfalt deren Interessen wahrzunehmen durch Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern und des Friedens nach Außen. Er halte diese Erklärungen für angebracht in dem Augenblick, wo die Reaktion

*) Sonst waren noch zahllose Kränze in einem besonderen Wagen mitgeführt.

werden die gesteuert von uns wiedergegebenen Freymutmaßungen über Anbesetzung von Oberpräsidenten als unrichtig bezeichnet; in die Erörterung dieser Personenfragen sei man antworterlos überhaupt noch nicht eingetreten.

Zur Fleischnot. Die Berliner Handelskammer hat beschlossen, den Handelsminister zu ersuchen, er möge doch seinerseits neben der vom Landwirtschaftsminister veranlasseten Enquete eine Untersuchung über die Gründe der Fleischsteuerung durch Befragung der preussischen Handelskammern und der diesen gleichgestellten Korporationen in die Wege leiten.

Die Pressefreiheit des Landrats. Der Redakteur des „Grimmener Kreisblattes“ wurde wegen Beleidigung des Vorsitzenden des dortigen liberalen Vereins Dr. Wendorf-Loth zu 50 M. Strafe verurteilt.

Es stellte sich heraus, daß der Verfasser des Artikels der Landrat des Kreises, Herr v. Maßbach, war. Dem Beleidigten lag nichts daran, daß der arme Teufel von Kreisblatt-Redakteur bestraft wurde, er wollte den Thäter selbst stellen und erstattete gegen Maßbach eine Strafanzeige beim Staatsanwalt in Greifswald. Die Staatsanwaltschaft aber lehnte die Eröffnung des Strafverfahrens gegen den Landrat ab, weil kein öffentliches Interesse vorläge.

In Preußen kann man also doch noch ein freies, sogar ein beleidigendes Wort schreiben, ohne daß der Staatsanwalt sich rührt. Man braucht nur die Vorsicht zu brauchen, solche journalistischen Urtheile als Landrat auszuführen. Vielleicht macht nun einmal Herr Wendorf die Probe auf die liberale Pressefreiheit und beleidigt den Landrat. Sicherlich, wie es ohne öffentliches Interesse ist, wenn ein Landrat beleidigt, so wird es auch des öffentlichen Interesses entbehren, wenn ein Landrat beleidigt wird.

Die gereizte China. Chre.

Aus Tsing-Tsching wird uns geschrieben: Eine interessante Verhandlung fand dieser Tage vor der Strafkammer des Landgerichts Colmar statt. Der Maire (Bürgermeister) des oberelassischen Dorfes Ollenschweiler hatte sich dort wegen Beleidigung eines China-Kriegers zu verantworten. Der Hergang der Sache ist folgender: Anfangs Januar d. Js. erschien bei dem Bürgermeister, Ulrich mit Namen, der beim Infanterieregiment 112 in Mühlhausen stehende Unteroffizier Wolfer, um die vorgeschriebene Meldung in Urlaub zu machen. Wolfer behauptete, der Bürgermeister habe, nachdem er eine ganze Zeit hatte auf sich warten lassen, ohne den ihm dargebotenen Gehalt zu erwidern, ihn mit den Worten angeredet: „Bist bis jetzt Unteroffizier in China gewesen, wirst wohl auch genug gesehen haben!“ Wolfer hatte nämlich den Nachzug nach China mitgemacht und ist im Besitz der sogenannten Tapferkeitsmedaille. Trotz alledem nahm er die Bemerkung des Bürgermeisters nicht gerade traurig, erzählte aber im Kreise seiner Bekannten und Kameraden davon.

Ein Landsmann Wolfers und Bürger seiner Heimatgemeinde Ollenschweiler fühlte sich als alter Soldat durch die Äußerung des Bürgermeisters verletzt und meldete den Vorfall dem verflochtenen Wehrmarschall Grafen Waldersee, der seinerseits die Anzeige dem Kriegsministerium vorlegte. Dieses stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich in diesem Fall nicht um eine Beleidigung des gesamten chinesischen Söldnercorps, sondern lediglich um die eines einzelnen Unteroffiziers handelte, und stellte infolgedessen Strafantrag gegen den Bürgermeister Ulrich wegen Beleidigung des Unteroffiziers Wolfer. Vorher jedoch wurde dieser vor ein Kriegsgericht gestellt und mit einem strengen Verweis bestraft, weil er die Äußerung des Bürgermeisters zu leicht aufgefaßt und keinen Strafantrag gestellt habe.

In der Verhandlung vor der Strafkammer zu Colmar bestritt der Bürgermeister Ulrich, vom Stehlen gesprochen und dem Wolfer die von ihm behauptete Beleidigung zugefügt zu haben. Wolfer sei, als er zu ihm kam, angetrunken gewesen, habe geraucht und sich auch sonst sehr unanständig benommen. Dies habe er ihm vertieft und daran die Frage geknüpft, ob er diese Dinge in China gelernt habe; schließlich habe er den Wolfer wegen seines Benehmens einen „unverschämten Schlingel“ genannt. Diese letztere Behauptung stellte Wolfer unter seinem Eid in Abrede mit dem Hinzufügen, daß er sich so etwas als Unteroffizier unter keinen Umständen hätte gefallen lassen. Schließlich verurteilte die Strafkammer den Bürgermeister Ulrich wegen Beleidigung Wolfers zu 60 M. Geldstrafe bzw. 6 Tagen Gefängnis. Bei Ausmessung dieser Strafe wurde als strafmildernd in Betracht gezogen, daß Ulrich durch das unanständige Verhalten Wolfers, der nicht anstand, bei der Meldung in der Amtsstube des Bürgermeisters sich eine Cigarette anzuzünden, begreiflicherweise in eine gereizte Stimmung versetzt worden sei.

Der Ausschaumann. Das Berliner Polizeipräsidium hatte die Aufführung von Paul Heykes Schauspiel „Maria von Magdala“ im Lessing-Theater verboten. Es berief sich darauf, daß nach einem kulturministeriellen Erlaß vom 8. Oktober 1875 Theaterspiele mit biblischen Inhalt als nicht geeignet zur Aufführung anzusehen seien.

Dagegen strengten der Dichter und der Direktor des Lessing-Theaters Klage an, die am Dienstag vor dem Bezirksausshau verhandelt wurde.

Paul Heyse ließ durch seinen Rechtsanwält seine Entrüstung über das Verbot aussprechen; er müsse sich verletzt fühlen durch die Unterordnung unter einen beliebigen Polizeibeamten. Er habe mindestens daselbe seine Empfinden wie ein Polizeibeamter.

Der Bezirksausshau war auch dieser Meinung und hob das Verbot des Polizeipräsidiums auf.

Es ist nur gut, daß die Bibel nicht erst in unseren Tagen im Reich des Berliner Polizeipräsidiums erschienen ist; sie würde sicherlich verboten und konfisziert werden. So verfeinert ist das religiöse Empfinden der Litteraturngarnen.

In der Begründung des Leutenants Thienne wird dem „Jenener Volksblatt“ neuerdings aus Weimar gemeldet, daß Thienne zum 1. Bataillon des Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 94 versetzt worden ist und bei der 2. Compagnie seinen Dienst angetreten hat. Das Urteil gegen Thienne lautete auf 2 Jahre 2 Monate Festung, nicht auf 2 1/2 Jahre, wie viele Zeitungen berichteten. Die Verhandlung des Kriegsgerichts, in welcher Thienne verurteilt wurde, fand am 12. Januar d. J. statt, die Begründung soll bereits Anfang September (ansichtlich der Zeitschrift) erfolgt sein. Somit hätte Thienne nicht ganz acht Monate der ihm auferlegten Strafe verblüht.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Der Realschullehrer Ed. aus Sosnowice, für den die kürzlich bei der Grenzkontrolle in einem Koffer entdeckten sozialistischen Professuren bestimmt waren, ist im inneren Aufstand verhaftet worden. Eines der beiden in dieser Angelegenheit gefangengenommenen Mädchen wurde aus dem Gefängnis entlassen.

Majestätsbeleidigungs-Fragst. Aus Leipzig wird uns telegraphisch: Die hiesige Strafkammer verurteilte den Chef-Redakteur des „Leipziger General-Anzeigers“, Arthur Pleißner, wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch den seiner Zeit verarbeiteten belananten Zeitartikel: „Der jüngste deutsche Rittmeister“, in gebührender Sitzung zu zwei Monaten Festungshaft. Der Angeklagte erklärte sich als eifrigen Anhänger der Monarchie, aber er habe geglaubt, gerade monarchische Interessen zu vertreten, wenn er die Vorgänge bei der Ernennung des Reichstags-Abg. Dr. Schmidt zum Vizepräsidenten einkringlich kritisiert habe.

finden werde, ist schon an sich unwahrscheinlich; es ist aber einfach ausgeschlossen, wenn die verbündeten Regierungen ihn für unannehmbar erklären. Das Gleiche gilt von dem Beschlusse betreffs Verbot der kommunalen Lebensmittel-Abgaben. In der Frage des Aufschubtermins wird das Werk auch nicht scheitern. Es bleibt also nur der Streit über die Minimalzölle. Weichen die Regierungen, wie anzunehmen, in der Ablehnung einer Ausdehnung dieser Maßregel auf Vieh und Fleisoh unerschütterlich fest, so ist ziemlich wahrscheinlich, daß der betreffende Beschluß der Kommission im Plenum überhaupt keine Mehrheit findet. Hätte er sie democh, so würde sie keine definitive sein, sondern lag in der dritten Lesung verhängen. Alles hängt also schließlich an der Verneinung der Minimalzölle für Getreide.

Die Hoffnungslosigkeit des Artikels geht aber noch weiter. Auch die „Disruption“ der Socialdemokratie sei nicht allzu gefährlich; sie werde wohl ein paar Tage, selbst ein paar Wochen aushalten, da aber fünf Monate für die Vorbereitung zur Verfügung stehen, so werde sie „von selbst erlahmen“, ohne daß es einer Verringerung der Geschäftsordnung bedürfe. Der Korrespondent des Münchener Blattes scheint nun freilich in seiner Vollbegeisterung vergessen zu haben, daß die Plenarberatung einer Vorlage von fast 1000 Postitionen in zweiter und dritter Lesung, soll sie sachgemäß und sorgfältig geschehen, doch sicherlich nicht in einem noch kürzeren Zeitraum durchgeführt werden kann als die Kommissionsberatung beidseitig. Dagegen mag den sonstigen Hoffnungen auf Einigung zwischen Regierung und Sozialparteien große Verechtigung zukommen.

Schließlich fordert der Artikel der „Allgemeinen Zeitung“, der Reichstag solle nicht mit den Minimalzollfragen des Tarifgesetzes seine Beratung beginnen, sondern mit dem Tarif selbst; während der Dauer dieser Beratungen, so nimmt er an, werde sich die heifsehnte Einigung über die Mindestzölle zu Stande bringen lassen.

Die französische Bergarbeiterbewegung.

Paris, 6. Oktober. (Fig. Ver.) Die Antwort des Ministerpräsidenten auf die Forderungen des Landeskomitees der Bergarbeiter — über die, nebenbei bemerkt, „Wolffs Bureau“ in entstellender Kürzung berichtet hat — ist nach Inhalt und Form bis auf einen einzigen Punkt versicherungsvoll gehalten. Der einzige Punkt ist das gesetzliche Lohnminimum, das von Combes unter Berufung auf die bezügliche Antwort seines Vorgängers, Waldeck-Rousseau, ablehnend behandelt wird, wobei er jedoch auf „eventuelle“ Parlamentsbeschlüsse verweist, da diese Frage bereits Gegenstand eines von den Bergarbeitervertretern eingebrachten Gesetzesentwurfes ist. Sonst verspricht der Ministerpräsident, die gesetzgeberische Erfüllung der Forderungen zu fördern.

Besonders kategorisch sind die Versprechungen in Bezug auf den Achtstundentag. Ein betreffender Gesetzesentwurf ist nämlich von der Deputiertenkammer bereits am 6. Februar 1902 votiert worden infolge des Druckes von anhen der vorjährigen Bergarbeiterbewegung. Der Senat aber hat über den Entwurf noch immer nicht beraten. Seine Hauptbestimmungen sind: Einführung des Achtstundentages 1/2 Jahre nach Veröffentlichung des Gesetzes, und zwar nach drei Verkürzungsetappen — 6 Monate nach der Veröffentlichung Verkürzung auf 9, nach zwei weiteren Jahren Verkürzung auf 8 1/2, nach abermals zwei Jahren auf 8 Stunden. Die Arbeitszeit ist gerechnet von der Ankunft der letzten Arbeiter in der Grube bis zur vollendeten Einfahrt der ersten Arbeiter, während die Bergarbeiter von jeder den sofortigen Achtstundentag, Einfahrt und Ausfahrt inbegriffen, fordern. Doch haben sie auf ihrem jüngsten Kongress zu Commeny unter principieller Aufrechterhaltung ihrer alten Forderung jenen Gesetzesentwurf als einen „provisorischen Notbehelf (pis-aller) mit 80 gegen 18 Stimmen acceptiert. Der Ministerpräsident verspricht nun, den Gesetzesentwurf vor dem Senat „energisch zu verteidigen“ und ihn „in möglichst kurzer Frist“ auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Die Alterspensions-Vorlage ist von der Kammerkommission noch nicht erledigt. Die Regierung verspricht, für die Beschleunigung der Kommissionsarbeiten zu sorgen und in der Kammer das „große Interesse“ zu betonen, welches sie an die Befriedigung der Arbeiterforderungen knüpft, soweit freilich diese — „berechtigt“ seien. Endlich behandelt Combes „wohlwollend“ die Forderungen in Bezug auf Reform des Gesetzes über die Sicherheitsdelegierten der Bergarbeiter und des Unfallgesetzes.

Bedenkt man, daß der Senat bisher selbst die Achtstundentvorlage verschleppt hat und daß die Tagesordnung der Kammer in den nächsten Monaten durch die Kongregationsfrage und das Budget belastet ist, so sieht allerdings die Erfüllung der Regierungsversprechungen im weiten Felde, abgesehen etwa von der Achtstundentvorlage.

Die Abgeordneten Wasly und Samendin, die bisher Gegner des Ausstundes waren, treten jetzt in Versammlungen für denselben ein. Es scheint, daß die Arbeitermassen den Ausstund wollen und die Führer dem Drängen der Massen nachgeben. Bemerkenswert ist der Umstand, daß im Pas-de-Calais und im Norden sonst die meisten Gegner des Generalstreiks vorhanden waren, während jetzt bekanntlich in jenem Gebiet bereits 20 000 Grubenarbeiter im Streik stehen.

Der Abgeordnete Wasly, der Führer der Bergarbeiter im Pas-de-Calais, erklärt nach einem Bericht des „Figaro“, nach seiner Ansicht werde der Bergarbeiterausstand im Kohlenrevier der Departements Pas-de-Calais und Loire sowie in Carnaux allgemein sein, in den andern Kohlenrevieren sei ein Gesamtzustand nicht zu erwarten, teils weil die Organisation der Bergarbeiter nicht vollendet sei, teils weil die Bergarbeiter soden erst einen langen entbehrungsvollen Ausstand durchgemacht hätten. Auch die Bergarbeiter in Roubaix-lez-Mines würden sich an dem Ausstande nicht beteiligen, aus Weill darüber, daß niemand sich ihrer im letzten Ausstunde angenommen habe. Wasly schätzt die Zahl der Arbeiter, die am Streik teilnehmen würden, auf 70 000. Als Hauptforderung bezeichnet er eine Lohnerhöhung um 10 Proz.

Bekanntlich ist von den Arbeitern an das Komitee der Grubencompagnien das Verlangen gerichtet worden, mit einer Abordnung der Arbeiter wegen deren Forderungen in Verhandlung zu treten. Jetzt wird aus Paris gemeldet, daß der Präsident des Centralkomitees der Grubencompagnien erklärt hat, es sei zwecklos, Delegierte zu den Verhandlungen zu ernennen, besonders da die Aufschamungen der Arbeitgeber bekant seien und der Ausstand ausgebrochen sei, ohne daß man das Signal dazu abgewartet oder Gründe für denselben angegeben habe.

Das Nationalkomitee der Grubenarbeiter ist am Dienstag (gestern) zusammengetreten, um über die Lage zu beraten und zu beschließen, ob und wann der allgemeine Ausstund beginnen soll.

Deutsches Reich.

Keine Minister-Konferenz. Die „Nordd. A. Z.“ erklärt die Raschheit für durchaus unbegründet, daß der Kaiser eine Konferenz der Ministerpräsidenten der größeren Europastaaten zur erneuten Besprechung des Balkanris einberufen habe. Desgleichen

den Kredit der Sparkassen angreife und wo ein Ausstand der Bergarbeiter drohe.

Man darf nur wünschen, daß das Kabinett namentlich seine socialpolitischen Versprechungen nach Kräften einzulösen sucht!

Schweden.

Notjahrsbrot und Getreidezoll. Unter einer fürchtbaren Misere haben besonders die nördlichsten Gegenden Schwedens zu leiden. Das wenige geerntete Korn und das Brot daraus ist von sehr geringer Qualität. „Astonblad“ in Stockholm, das Proben davon zugesandt erhielt, erklärt, daß das Brot mit Recht als „Notjahrsbrot“ bezeichnet werden kann. Der Korrespondent des „Blattes“ schreibt aus Jurleng (10 Meilen nördlich von Gaparanda): „Das Roggenmehl steht auf 20,50 Kr. pro Sac, wenn man überhaupt Roggenmehl kaufen kann, denn das ist seltener. Die Kaufleute in der Stadt haben nicht mehr als hier und da ein oder zwei Sac zu verkaufen, und dann fehlt es auch an Geld, um Mehl zu kaufen. In Finnland ist das Mehl viel billiger, aber der Einfuhrzoll beträgt 6,50 Kr. pro 100 Kilogramm, und da man nicht einmal Geld hat für Mehl, kann man noch viel weniger auch noch den Zoll dazu bezahlen.“

Rußland.

Wittes geheime Mission. Die Meldung ausländischer Blätter, daß Finanzminister Witte nach San Francisco reisen und dort wegen einer Anleihe unterhandeln wolle, wird offiziös als unbegründet bezeichnet. Witte werde bereits Anfang November wieder in Petersburg antreffen.

Aus der Mandchurei oder aus Paris? —

Türkei.

Ueber die macedonischen Unruhen sollen nach einer Belgrader Meldung übertriebene Nachrichten verbreitet worden sein. Die vorgekommenen Unruhen seien in Wirklichkeit durchaus nicht so erheblich. Die bedeutende Streitmacht, welche von den Türken aufgebogen ist, werde zuverlässig der Lage sehr bald Herr werden.

Siam.

Der neue siamesisch-französiche Vertrag enthält hauptsächlich folgende Bestimmungen: Frankreich erhält die Provinzen Malaprei und Bassal, sowie das Gebiet am großen See zwischen dem Profuos (P) und dem Prekompongiam (P) Fluß. Die französischen Truppen räumen Siam ab, Siam erhält das Recht, Truppen nach verschiedenen Punkten auf dem rechten Ufer des Mekong, welche Siam verbleiben, zu entsenden, doch ausschließlich siamesisch.

Parteinachrichten.

Der Münchener Parteitag und die polnische socialistische Partei. Am 2. d. M. fand ein Parteitag der polnischen socialistischen Partei am Sonntag veranfaßt. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die am 5. Oktober im Lokal „Englischer Garten“ tagende polnische socialistische Volksversammlung legt der polnischen Parteileitung die Verpflichtung auf, auf der Basis der polnischen Selbstständigkeit in der nächsten stattfindenden gemeinsamen Konferenz mit den deutschen Parteigenossen die Verhandlung zu suchen, damit endlich den unerquicklichen Zuständen unter zwei Bruderorganisationen, die auf gemeinsame Arbeit angewiesen sind, vorgebeugt werde.

Die Verhandlungsabsicht ist sehr anerkenntenswert, doch fürchten wir sehr, daß damit so lange nichts erreicht ist, als man nicht anerkennt, daß es im Deutschen Reich nur eine einheitliche socialdemokratische Partei geben kann.

Parteipresse. Die „Leipziger Volkszeitung“ behauptet jetzt die von bürgerlichen Blättern gebrachte Meldung, daß dem Genossen Galtzer, der bisher die wirtschaftliche Rundschau des Blattes redigierte, am 30. September seine Stellung gekündigt worden ist. Ueber die Gründe der Kündigung läßt sich die „L. V.“ nicht aus.

Im eignen Heim ist nun auch unser Dortmunder Parteiblatt, die „Arbeiterzeitung“, die als Centralblatt für das rheinisch-westfälische Industriegebiet die Verschmelzung der bisherigen „Arbeiterzeitung“ und des „Weser“ für Essen darstellt. Mehr Jahre gerade hat die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ bestanden, und zwar im Eigentum der Gesamtpartei, wie sie am 1. Oktober 1892 begründet wurde. Schwere Zeiten hat sie durchgemacht; der Kampf nach außen dokumentiert sich in circa 7 Jahren Freiheitsstrafen und 3000 Mark Geldstrafen, ungedruckt die Prozeß- und Verteidigungskosten. Aber das war es nicht allein; auch mit den Mitteln des Wohlstands und der verhassten Lokalahtreibung hat man gegen das Blatt gearbeitet. Dazu kamen Kämpfe im Innern, die auf die Entwidlung der Partei und des Parteiblattes natürlich auch keinen günstigen Einfluß übten. Die „Arbeiterzeitung“ war nicht das erste Parteiblatt in Dortmund; sie hat eine Reihe Vorgänger gehabt, die bis in das Jahr 1875 zurückreichen. Sie wurden noch viel milderer mit allen denkbaren Mitteln bekämpft wie die „Arbeiterzeitung“, und die Uneinigkeit im eignen Lager machte das Leben nicht angenehmer.

Trotz alledem ging es allmählich vorwärts und jetzt ist man in der Lage gewesen, ein eigenes Haus zu erbauen, das sich in dem der vorigen Sonntagnummer beigegebenen Bilde gar schmund respektiert und in dem das Zeitungsgewerbe mit allen Mitteln der modernen Technik angefaßt ist. Auch innerhalb der Partei ist die so notwendige einige Geschlossenheit in der Hauptsache endlich erreicht worden, so daß die Hoffnung berechtigt ist, das neue Unternehmen werde besser gedeihen als alle seine Vorgänger, und würde geben von der organisatorischen und agitatorischen Kraft des geeinten socialdemokratischen Proletariats.

Vollständig prozeßfrei tritt das neue Unternehmen, wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, ins Leben. Das Gericht hat ihm nämlich den Verfall erlassen, einen noch schwebenden Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Schreibe rasch noch durch Verurteilung des Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe zu erledigen. Es war in einer Nummer der „Arbeiterzeitung“ behauptet worden, der Sekretär Gehmann vom Komitee Mengede habe dem Polizeipräsidenten Debus geboten, einen arbeitslosen kranken Bergmann Müller zu schlagen, der dort wegen Kränken-Unterstützung vorbrach. Gehmann als Zeuge bestritt, daß er dem Polizeipräsidenten solches geboten habe, gab aber zu, gesagt zu haben, dem Müller könne eine Tracht Prügel nicht schaden. Und der Polizeipräsident Debus als Zeuge gab zu, den Müller gefaßt zu haben.

Die Hauptfrage war also bewiesen; das gab das Gericht in der Urteilsbegründung auch zu. Da aber das Urteilstexte fehlte, muß der socialdemokratische Redakteur bestraft werden. So will es die höhere Gerechtigkeit!

Sociales.

IX. Jahresversammlung des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich.

Hamburg, den 6. Oktober 1902.

Der Apotheker Steinmetz in Leipzig eröffnete die Versammlung mit der Verlesung der Liste der Einladungen, die an Korporationen, Behörden, Kassen und Parlamente ergangen sind. Von den Fraktionen des Reichstags die sämtlich eingeladen sind, ist kein Vertreter erschienen. Mit Ausnahme des kaiserl. statistischen Amtes, das durch Rat Dr. Meyer vertreten ist, haben sämtliche Reichsbehörden auf die Einladungen ablehnend geantwortet. Von den Hamburger Behörden lassen sich die Bürgerschaft, die Handelskammer und der Senat vertreten.

Dr. med. Paul Schenk in Berlin hielt einen Vortrag über das Thema: „Alkohol und Krankenkassen“, in dem er folgende Leitsätze aufstellte: 1. Vom Standpunkte der Volksgesundheitspflege ist die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs von gleicher

Wichtigkeit wie die der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. 2. Die Krankenkassen, als ein wesentlicher Faktor in der Volksgesundheitspflege, sind in hervorragendem Maße zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs berufen.

3. Die Kassenärzte, als die sachverständigen Berater der Krankenkassen und ihrer Mitglieder in Sachen der Gesundheitspflege, haben die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zu fördern:

a) Durch mündliche Aufklärung der Kassenvorstände und der erkrankten Mitglieder und Verteilung zweckentsprechender kurzer Broschüren.

b) Durch Einschränkung der Verordnungen alkoholischer Getränke als Stärkungsmittel.

c) Durch Aufstellung einer Statistik der durch Alkoholvergiftung bedingten Erkrankungen.

d) Durch Ueberweisung schwerer Erkrankter in eine Trinker-Hellstätte.

4. Für erhöhte Inanspruchnahme ihrer Tätigkeit ist den Kassenärzten ein Entgelt zu gewähren.

5. Alle Maßnahmen der Krankenkassen gegen den Alkoholmißbrauch müssen von dem Grundsatz ausgehen, daß dem Alkoholismus als einer Volkspeste nur auf socialhygienischem, nicht auf moralischem Wege beizukommen ist.

6. Die Landes-Versicherungsanstalten haben die Krankenkassen in der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zu unterstützen und der vorbestehenden Behandlung von Kassenmitgliedern in Trinker-Hellstätten ihr thätigstes Interesse in höherem Maße als bisher zuzuwenden.

In der Debatte weist Ed. Graf in Frankfurt a. M. auf den engen Zusammenhang zwischen Alkoholmißbrauch einerseits und Steigerung der Lebensmittelpreise, Wohnungsnot usw. andererseits hin. Werde die sociale Lage der arbeitenden Klasse gehoben, so bekämpfe man den Alkoholismus am allerkräftigsten.

Auch Simanowski in Berlin vertritt recht wirksam diesen Standpunkt. Braun-Königsberg bittet, den vierten Leitsatz betreffend Bezahlung der Ärzte zu streichen, weil diese Frage nicht hierher gehöre. Dr. Schenk bestritt in seinem Schlusswort, daß die sociale Frage der Arbeiter in so engem Zusammenhang mit dem Alkoholismus stehe, wie es von Graf und Simanowski behauptet sei; wenn auch nicht zu bestreiten wäre, daß ein gewisser Zusammenhang nicht zu leugnen sei. War verfe auch der besagten Klasse Alkoholmißbrauch sei. Da widerspreche man sich ja wenn man sage: die Hebung der socialen Lage bedeute die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs.

Es wird sodann auf Antrag Prinz-Kottbus folgende Resolution angenommen: Die IX. Jahresversammlung des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen hält es im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Dr. Schenk für eine wichtige Aufgabe der deutschen Krankenkassen-Verwaltungen, der Bekämpfung des Alkohols fortlaufend das größte Interesse zu widmen und durch fortlaufende Belehrung der Kassenmitglieder dieses Interesse zu bekräftigen. Zu weiteren hält es die Jahresversammlung für eine wichtige Aufgabe der Kassenärzte, auch ihrerseits die Mitglieder fortlaufend in entsprechender Weise auf die Gefahr des Alkoholmißbrauchs aufmerksam zu machen. Die Schenk'schen Leitsätze werden dadurch für erledigt erklärt.

Kohn in Berlin bedauert, daß das Reichsamt des Innern sich den Anregungen, eine einheitliche Krankenkassenstatistik für das Deutsche Reich zu schaffen gegenüber ablehnend verhalten habe, weil angeblich keine Geldmittel dafür vorhanden wären. Redner bittet, der Staatsrat möge sein Bedauern darüber aussprechen.

Sodann hält Dr. C. A. K. Klumler in Frankfurt a. M. seinen Vortrag: „Fürsorge für Erholungsbedürftige“, der in folgendem lautet: Die Fürsorge für Erholungsbedürftige ist eine unerlässlich notwendige Ergänzung jeder Krankenpflege. Das gilt vor allem bei Genesenden nach akuten Erkrankungen, ebenso auch bei Genesenden von chronischen Krankheiten und bei Erholungsbedürftigen aller Art. Diese Fürsorge kann bei den Krankenkassen in den verschiedensten Formen geschehen: Gewährung längerer Schonung, Verweisung von Stärkungsmitteln, Bädern und dergleichen, Veranlassung zu Verwandten aufs Land mit erhöhtem Krankengeld, Unterbringung bei Familien auf dem Lande, Wald-Erholungsstätten (Berlin, Frankfurt a. M., Darmstadt) und Genesungsbütern. Sie erfordert ein sorgfältiges Vornehmergehen aller Versicherungsarten, um Unterbrechungen der Pflege zu vermeiden. Wo die Versicherungen nicht ausreichen, ist ein rechtzeitiges Eingreifen der privaten und öffentlichen Wohltätigkeit unerlässlich. (1) Scharf weicht sich Redner gegen die Engherzigkeit der Berufsgenossenschaften bei Gewährung von Renten, wodurch die Berufsgenossenschaften sich übrigens selbst schädigen. Dringend notwendig sei es auch, daß die Krankenkassen den Mitgliedern behilflich seien, die ihnen zustehenden Renten zu erhalten. Sehr häufig verschleppere der leidige Kampf um die Rente den seelischen und körperlichen Zustand der Kranken.

Um die örtlichen Gelegenheiten zu billiger Verforgung der Erholungsbedürftigen recht auszunutzen, sollten alle Einrichtungen dieser Art an einem Orte oder in derselben Gegend durch geeignete Vereine (z. B. Vergnügung Verein für Arbeiterwohl), Vermittelungsstellen usw. in enge Fühlung gebracht werden. Bei der Auswahl für diese Fürsorge ist eine einseitige Bevorzugung bestimmter Krankheiten zu vermeiden, vielmehr nur nach dem möglichen Erfolg der Kur zu entscheiden. Gerade zur Vorbeugung gegen die Tuberkulose ist dieses der beste Erfolg. Die Zusammenlegung von leichten Fällen der Tuberkulose mit andern Krankheiten, wie sie vielfach geibt wird, ist unbedingt, wenn geeignete Vorkehrungen getroffen sind. (Getrennte Schlafräume, Erziehung zu richtiger Behandlung des Auswurfs, Desinfektion.)

Bei den Genesungsbütern ist ihre volle Ausnutzung auch im Winter anzustreben. Der stärkere Andrang im Sommer ist durch Organisationen mit geringen Anlagelosten (Wald-Erholungsstätten, Familienpflege) zu verjagen. Einrichtungen auf diesem Gebiet zu schaffen, ist neben den größeren Krankenkassen in erster Linie Sache von Staat, Gemeinden, Versicherungsanstalten. Die private gemeinnützige Tätigkeit, die zur Zeit nicht entbehrt werden kann, sollte von ihnen aufs kräftigste unterstützt werden.

In der Debatte spricht Dr. Lennhoff in Berlin im Sinne des Referenten und tritt namentlich für Einrichtung von Winterkuren und Kinder-Erholungsstätten ein. Auf Antrag Wendlandt in Magdeburg wird im Anschluß an das Referat eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß der weitere Ausbau der Nationalzentropflege nur möglich ist auf Grund einer Centralisation der Kassenorganisation am Ort und die Gründung von Kassenverbänden über den Bezirk der Aufsichtsbehörde.

Fraßdorf in Dresden rügt unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß die Landes-Versicherungsanstalten zu geringe Zuschüsse für die Genesenden-Pflege geben. Das liege daran, daß in den Landes-Versicherungsanstalten das Laienement zu wenig Einfluß habe. Die Vertreter des Laienements müßten sich deshalb öfter vereinigen und beraten.

Es wurde darauf unter Zustimmung zu dem Referat die Wendlandt'sche Resolution angenommen und die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

Vertreten sind heute 111 Kassen mit 1 654 278 Mitgliedern durch 194 Delegierte.

Mit der Frage der Arbeitslosen-Versicherung beschäftigte sich der Nationalsoziale Vertretertag in Hannover am 5. Oktober. Mikograph in Hannover, der Parade-Arbeiter auf allen bürgerlichen Veranstaltungen, die sich durch Harmonie und Verschlossenheit auszeichnen, war Referent. Er stellte eine Reihe von Leitsätzen auf, die jedoch alle das Wesen der Sache nicht treffen und denen man gut noch ein Duzend andere von gleicher Bedeutung hinzufügen könnte.

Die Debatte drehte sich denn auch weit weniger um grundsätzliche Fragen als um die Schwierigkeiten der Ausführung einer Arbeitslosen-Versicherung; es war eine Debatte um die Versicherungs-technik. Man wählte schließlich eine Kommission, die auf der Grundlage der Vorläufige Tischendorf'schen „Programm der Arbeitslosen-Versicherung“ aufstellen soll.

Der Koniker Nord vor dem Berliner Gericht.

(Sitzung vom Dienstag)

Nach Erörterung einiger weniger belangreichen Fälle wird in der Verlesung der Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen fortgefahren, die allerlei verdächtige Beobachtungen über einzelne Juden gemacht haben wollen.

Einen breiten Raum nimmt die Verlesung der Zeugenaussagen ein, die den Verdacht gegen die Familie des Kaufmanns Matthäus Meyer begründeten. Auch diese Affaire ist in den Vorprozeßen schon eingehend erörtert worden.

Die Bekhlerfrau Constantia Hellwig und deren Sohn Anton Hellwig aus Görzendorf haben bekundet, daß sie am 20. November 1900 sich in dem damaligen Geschäft des Matthäus Meyer befunden haben, um Einkäufe zu machen. Da sei aus dem Hinterzimmer ein fremder Jude in den Laden gekommen, er habe ein Buch oder eine Liste in einem braunen Deckel getragen, die Familie sei hinter ihm hergekommen. Frau Hellwig habe den jüdischen Mann gefragt, ob er Abgaben haben wolle, darauf habe Meyer gesagt: „Abgaben gerade nicht, aber ich werde ihm geben, daß er zufrieden ist, wir bleiben ja doch nicht lange hier. Frau Meyer habe gefragt: „Das war keiner von der Steuer, das war eine Verschreibung zu einer Verschönerung gegen einen jungen Mann.“ Anton Hellwig habe gefragt, was sie denn mit dem jungen Manne machen wollten, ob sie ihn verlagern oder umbringen wollten, worauf Frau Meyer geantwortet habe:

„Umbringen werden sie ihn nicht,

aber so etwas Ähnliches.“ Bald darauf soll Frau Meyer gesagt haben: „Ob das auch wird herauskommen?“, worauf Meyer gesagt habe: „Das kommt doch heraus.“ Frau Meyer soll weiter gesagt haben: „Sie werden ihn vertragen im Wänsche, im Rahnauersee, im Hilsendorfersee.“ Dann habe die Tochter Jenny Meyer den Zeugen Hellwig gefragt: „ob er den Gymnasiasten Ernst Winter kenne.“ Darauf sei eine vernehmende Antwort erfolgt und nun habe Fräulein Jenny Meyer hinzugefügt: „Wenn Sie ihn kennen oder kennen lernen, dann sagen Sie ihm, daß er sich vorzieht, Konty verläßt und ein andres Gymnasium besucht. Wenn er hier bleibt, dann kriegen sie ihn doch.“ — Ferner habe Jenny Meyer plötzlich gesagt: „Ich werde ihm eine Karte schreiben“, worauf Frau Meyer ärgerlich geäußert habe: „Du wirst ihm doch nicht schreiben! Dann erlernen sie Deine Handschrift!“ — Später habe Herr oder Frau Meyer noch die Bemerkung gemacht: „Jetzt müssen wir machen, daß wir aus Konty herauskommen, sonst kommt noch der Verdacht auf uns und die Polizei sucht uns alle Sachen durch.“ Die jüngste Tochter Meyers habe Hellwig gefragt, ob er evangelisch sei, worauf Frau Meyer geantwortet habe: „Hellwig sei katholisch.“ Fräulein Meyer habe bemerkt: „Jener ist evangelisch.“ Schließlich habe Frau Meyer die Verlesung gethan: „Es sei nicht richtig, wenn die Leute sagten, die Juden bräuchten „das“ zum Razzes baden oder zum Hände waschen oder zum Altar besprengen. Die Juden bräuchten „das“ bloß zum Glück, daß die alten Kunden nicht weggehen und frische dazu kommen.“

Zeuge Rentier Matthäus Meyer, jetzt in Berlin, sagt auf Befragen folgendes aus: Er sei bis zum 4. März in Konty gewesen. Den bestehenden Aussagen der Zeugen liege absolut keine Tatsache zu Grunde; diese Aussagen seien von Anfang bis zu Ende Wort für Wort erfunden. — Vorliegender: Das ist doch eigentlich kaum denkbar.

Man könnte vielleicht annehmen, daß ein Mißverständnis obwaltete, aber es ist doch kaum denkbar, daß sich die verschiedenen Personen alle diese Angaben aus den Fingern gezogen haben sollten. Ist es denn nicht möglich, daß ein Vorfall passiert ist, der irrtümlich aufgefaßt worden ist? — Zeuge: Nein, es ist kein Wort davon wahr! Ich habe nie in meinem Laden ein Gespräch über Ernst Winter geführt, ich kannte weder diesen noch seine Familie. — Vorl.: Sie wollen also bei Ihrer Behauptung, daß alles erfunden sei, bleiben? — Zeuge: Ich bleibe fest dabei. — Justizrat Dr. v. Gordon: Woran ist Ihre älteste Tochter Jenny gestorben? Sie wissen, daß es als unfällig bezeichnet worden ist, daß Ihre Tochter bald nach Ihrer Uebersiedelung nach Berlin hier gestorben ist und man das Gerücht verbreitete, sie sei nicht eines natürlichen Todes gestorben. — Zeuge: Meine Tochter ist am Tetanus gestorben. Sie ist von zwei Ärzten behandelt worden, zuletzt ist noch Prof. Dr. Goldscheider hinzugezogen worden.

Angell Bruhn: Als er das zweite Mal in Konty war, habe ihm der Fall Meyer so wichtig erschienen, daß er eine Aufklärung für dringend notwendig hielt. Er habe in einem Artikel vom 28. Juni 1900 die Thatsachen zusammengestellt und Herrn Meyer aufgefordert, ihn zu verlagern, dies sei aber nicht geschehen. — Zeuge: Er habe sich mit einem ihm vom Oberstaatsanwalt Jendel zugeselzten Bekhler begnügt, außerdem sei er herabgehend und der Arzt habe ihm jede Aufregung unterlagt. — Vorliegender: Der Zeuge hat übrigens zu den Akten einen Strafantrag gestellt, diesem ist aber zunächst nicht Folge gegeben worden, weil inzwischen die Untersuchung eingeleitet worden ist. Später ist Meyer auf den Weg der Privatklage verwiesen worden, um die schon so verquälte große Untersuchungssache nicht noch weiter zu belasten. — Staatsanwalt Kanow: Jedenfalls hat der Zeuge Meyer alles gethan, um eine strafrechtliche Verfolgung einzuleiten. Er hat sich abdamm bemüht, weil er sich durch den Brief des Oberstaatsanwalts für rehabilitiert hielt.

Auf wiederholtes Befragen erklärt Zeuge Meyer nochmals alle Angaben der Zeugen für vollständig erdichtet und erfunden.

Die Tochter des Zeugen, Rosa Meyer,

erklärt auf Befragen des Vorliegenden: Die Angaben der Zeugen sind vollständig unwahr. — Vorl.: Liegt ihnen kein Körnchen Wahrheit zu Grunde? — Zeugin: Kein Körnchen! — Vorl.: Ihr Vater hat die Möglichkeit zugegeben, daß einmal ein Mann mit einer Kiste in den Laden gekommen sein könnte. — Zeugin: Das ist ja möglich. — Vorl.: Es wird behauptet, daß Sie die Medensart an sich haben: „Das ist ja mehr wie Nord.“ — Zeugin: Das ist richtig, ich gebrauche diese Redewendung manchmal, wenn ich mich über etwas ärgere. — Vorl.: Ist es ganz ausgeschlossen, daß in Ihrem Laden über Ernst Winter gesprochen worden ist? — Zeugin: Das ist ganz ausgeschlossen. — Präsi.: Kannten Sie den Ernst Winter? — Zeugin: Ganz oberflächlich. Ich habe Jrl. Casparz einmal mit ihm sitzen gesehen und auf meine Frage hat mir meine Schwester Franziska gesagt, daß es Ernst Winter sei, der sie aus früheren Jahren kannte. — Präsi.: Sie wollen es bestimmt vermeiden, daß die Persönlichkeit des Ernst Winter in Ihrem Laden zum Gegenstand eines Gesprächs gemacht worden ist? — Zeugin: Das ist ganz entschieden nicht wahr! — Vorl.: Ist es möglich, daß irgend ein ähnliches Gespräch über eine andere Person stattgefunden hat und irrtümlich auf Winter bezogen worden ist? — Zeugin: Nein, bestimmt nicht. — Zeugin Franziska Meyer, Schwester der vorigen Zeugin, erklärt gleichfalls, daß die Angaben der Zeugen vollständig erfunden seien und kein Körnchen Wahrheit darin sei. Alles sei vollständig erdichtet. Ernst Winter habe sie als Mädchen vor zehn oder elf Jahren kennen gelernt, er verkehrte mit dem Bruder einer ihrer Freundinnen.

Die Zeugen Meyer werden verurteilt.

Im Anschluß hieran wird der Beschluß der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin I verlesen, durch welchen das Verfahren gegen die Familie

Meyer wegen Meineids eingeleitet

worden ist. Es wird in dem Beschlusse u. a. darauf hingewiesen, daß es an sich schon wenig wahrnehmlich klinge, daß die Familie Meyer, wenn sie wirklich Mitwisserin eines gegen Ernst Winter geschmiedeten Mordplanes gewesen wäre, das sorgsam gehütete Geheimnis in ihrem Laden in der geschicktesten Weise verraten haben sollte. Außerdem seien in den Angaben der einzelnen Zeugen manche Unklarheiten vorhanden, sie differieren in den Zeitangaben über den ihnen bekundeten Vorfall, bei welchem es sich doch zweifellos um dieselben Beobachtungen handele, und deshalb erscheine die Sache nicht genügend aufgeklärt.

Auf eine Anfrage des Reichsanwalts Dr. Hahn bestätigt erster Staatsanwalt Schweigger, daß gegen die Glaubwürdigkeit der in der Sache Meindes' ausgesprochenen Zeugen durch die angeführten Ermittlungen nichts erbracht worden ist.

Es folgt die Verlesung des Protokolls über die Vernehmung von Winter, dem Vater des Ermordeten, der sich hauptsächlich über Mangel an Eingeborren des Kommissars Wehn auf seine Anzeigen und über äroffe Behandlung seitens des Genannten äußert. Der Kommissar habe seiner Frau gedroht, sie wegen Beamtenverleumdung abführen zu lassen, obgleich sie sich nur sehr beschreiben und schüchtern geäußert habe. Seine (Winters) Mitteilungen an Wehn hätten durchweg auf Wahrheit beruht. Mit dem Kommissar Wehn hat Winter ein viertel oder ein halbes Jahr vor dem Mord ein Gespräch gehabt, bei welchem Wehn ihm erzählt habe: In einer Unterhaltung mit Eisenhändler habe dieser so sonderbare Andeutungen über die Schlachtfähigkeit des Genen Winter gemacht, daß er dem letzteren raten müsse, sich vor Eisenhändler zu hüten, da dieser ihm feindlich gesinnt sei.

Wie der Präsident mittelst, sei gegen Eisenhändler, der leugnet, ein Gespräch dieser Art mit Wehn gehabt zu haben, ein Strafverfahren wegen Meineides eingeleitet gewesen. Trotz des guten Kennenbes, dessen sich Wehn und Winter sein erkennen, ist das Verfahren eingeleitet worden, da das gegen Eisenhändler vorhandene Material zur Erhebung der Anklage nicht ausreicht. Es habe die Möglichkeit von Zeugnissen in den Aussagen der Zeugen vorgelegen.

Es wird hierauf der bereidete

Gerichtshemmer Dr. Bischoff

vernommen, dem im Januar 1901 die Aktenstücke des Winter zur Untersuchung zugestellt worden sind. Er hat Einsicht in der Besize nachgesehen und ist der Ansicht, daß diese nicht durch schlüssige Mut hervorgerufen seien, sondern den Eindruck machten, als ob auf die Besize Mut gekommen wäre, das sich schon im Zustande des leichteren Gemüths befand. Genau korrespondierend damit sei ein Briefwechsel an dem Schloß. Er habe sich ein Bild davon gemacht, daß man mit dem Verteilen des Reichsmans schon begonnen haben mag, als Winter den Mord noch an hatte. Was die übrigen Akten an der unteren Besize und auf der linken Vorderseite der Hosen betrifft, so seien diese vertuscht gewesen und es gehörte Sorgfalt dazu, mit dem Mikroskop die erforderlichen Feststellungen zu machen. Er habe an vielen Stellen solche Spermaflecke nachgewiesen. Es sei nicht anzunehmen, daß Akteure in diesem Zustande von einem aufständigen Menschen längere Zeit ungerührt weiter getragen werden könnten. Er halte es für wahrscheinlich, daß die Spermaflecke auf natürliche Weise in die Kleider gekommen, aber nicht, daß sie nachträglich darauf gebracht worden seien. Die Verteilung der Spermaflecke auf den Kleidern und besonders auf der Besize spreche dafür, daß sie entstanden sind, als die Kleider dem Körper anlagen.

Ueber dieses Thema äußert sich Dr. Bischoff auf eine Reihe von Fragen der Verteidiger noch eingehender. — Erster Staatsanwalt Schweigger hält es nach dem ganzen Verlaufe der Akten für ausgeschlossen, daß die Spermaflecken schon längere Zeit vor dem Mord in den Kleidern gewesen seien. Für die Unterstellung, daß die Flecke nachträglich angewischt sein könnten, habe die Untersuchung nicht den geringsten Anhalt gegeben. Die Spermaflecke rühren von Winter selbst her und seien in dem Augenblick in die Kleider gekommen, als er seinen Tod gefunden.

Angell, Bruhn: Ist dem Herrn Zeugen bekannt, daß die sächsische Besize gleich nach dem Bekanntwerden des Mordes die Kustodie verlor, daß Winter bei Ausübung des Geschäftsbetriebes ermordet worden sei?

Erster Staatsanwalt Schweigger: Ob dies die sächsische Besize gewesen, kann ich nicht sagen. Aber man sagte ziemlich allgemein, daß die Besize doch ziemlich klar liege, daß Winter bei Ausübung des Geschäftsbetriebes ermordet sein dürfte.

Rechtsanwalt Dr. Hahn: Ist nicht dieser Verdacht durch die Untersuchung sofort hinfällig geworden?

Erster Staatsanwalt Schweigger: Im Gegenteil, die Untersuchung ist zunächst nach dieser Richtung hin dirigiert worden. Rechtsanwalt Simon: Aber es hat sich doch ergeben, daß der Verdacht, der einen Verleumdung Winter mit Franzosen zusammen mit in den Kreis der Erwägungen zog, hinfällig wurde? — Zeuge: Ja. Bürgermeister Deditius befindet auf Verfragen, daß bei verschiedenen Franzosenzimmer Nachforschungen angestellt worden seien.

Rechtsanwalt Dr. Hahn: Stamen bei diesen Nachforschungen auch Franzosenzimmer in Betracht, die in der Nähe des Wohnortes wohnten? Der Herr Zeuge antwortet, daß in der Nähe des Wohnortes gewesen sein, denn es ist nicht anzunehmen, daß jemand die verdächtigsten Verdächtige erst weit durch die Stadt nach dem See getragen haben könnte.

Bürgermeister Deditius: In der Nähe des Wohnortes sind Nachforschungen Haus bei Haus abgehalten worden, auch bei Leuten mit gutem Kennend.

Erster Staatsanwalt Schweigger: Als die Kleider des Winter aufgefunden waren, habe er sich zur Untersuchung Polizeibeamte aus Berlin kommen lassen, und es haben von 30 Polizeibeamten Tag für Tag sorgfältige Nachforschungen stattgefunden, es sei Haus für Haus abgefragt worden, es habe sich aber nichts ergeben.

Erster Staatsanwalt Settegast: Schon vor dem Auffinden der Kleider des Winter seien bei einer Anzahl von Personen Untersuchungen Haus bei Haus angestellt worden.

Rechtsanwalt Simon: Der Herr Erste Staatsanwalt Schweigger hat gesagt, es sei eine bekannte Tatsache gewesen, daß es sich bei der Ermordung Winters um einen

Franzosenzimmer-Fall

handelte. Steht sich der Herr Zeuge dabei auf den Standpunkt des Kriminalinspektors Baum, der da sagte: es liege fest, daß der Mord auf diese Weise verübt worden sei?

Erster Staatsanwalt Schweigger: Das will ich natürlich nicht sagen. Es waren eben zwei Strömungen vorhanden; wie auf der einen Seite gesagt wurde, es sei ein Judenmord, sagten die anderen, es sei ein Mord bei Gelegenheit eines Geschäftsbetriebes.

Rechtsanwalt Dr. Hahn fragt den Dr. Bischoff, ob sich an den Akten auch Hinweise befinden, die angezeigten waren. — Dr. Bischoff: In einer Stelle schien es so; das kann aber ein älterer Fleck gewesen sein, der gar nicht mit dieser Sache zusammenzuhängen braucht.

Hierauf reißt sich die Verlesung von Aussagen derjenigen Zeugen, die in der

Mordnacht verdächtige Verdächtigungen

an dem Leichnam des Ermordeten gemacht haben wollen. Darunter befindet sich die Anzeige des Hauptdetektivs Wehn wider Wehn, Arbeiters Bernhard Masloff, die er nach seiner Ueberführung in die Strafanstalt vor dem Amtsgericht Brandenburg abgeliefert hat. Im Widerstand zu seinen früheren Aussagen hat jetzt Masloff behauptet, daß er am 11. März bereits nachmittags hantieren gegangen und in die Mauerstraße gekommen sei. Da das Thor des Leichnames Hauses nur angelehnt gewesen, sei er auf den Hof gegangen und habe durch die halbgeöffnete Kellerthür mehrere Juden in dem Keller gesehen, darunter den Fleischermeister Eisenhändler aus Breslau, den Kaufmann Wehn, den Kantor Heilmann und die Handelsleute Israel und Ehrlich aus Königs; auch den Viehhändler Joseph aus Königs und den Kaufmann Rosenthal aus Kammin glaube er erlaubt zu haben. Wo er diese Männer bemerke, habe er sich in der linken Ecke in einem Versteck versteckt und mindestens eine Stunde dort gewartet. Bei seiner Entfernung vom Hof seien die genannten Juden noch im Keller geblieben. In der Nacht habe er dann die schon in den Vorprozessen eingehend erörterten, den Wehn schwer belästigenden Beobachtungen gemacht. Unter den Männern, welche aus dem Keller und auf den Hof getreten seien, habe er den alten Wehn und den Kaufmann Wehn erkannt. In früheren Aussagen hat Masloff diese Thatfachen nicht mitgeteilt; als Grund dafür giebt er an, daß seine Frau ihm gesagt habe, er solle nicht so viel reden, denn die vielen

Juden würden ihn noch reinlegen. Den Fleischer Masloff habe er bei seiner ersten eidlichen Vernehmung nicht aus Furcht vor Strafe, sondern nur deshalb verschwiegen, weil der Untersuchungsrichter ihn nicht habe weiter reden lassen.

Rechtsanwalt Dr. Hahn befragt, auch die frühe zu Aussagen des Masloff zu verlesen zum Beweise dafür, daß sie mit dem Inhalt des Artikels der „Staatsbürger-Zeitung“ übereinstimmen. — Der Gerichtshof entscheidet diesem Antrag.

Staatsanwalt Kango stellt durch Befragen des Kriminalkommissars Wehn fest, daß Masloff zuerst viel weniger ausgefragt habe und sich seine Aussagen dann immer mehr verstärkt haben.

Rechtsanwalt Dr. Hahn läßt sich durch den Ersten Staatsanwalt Settegast befähigen, daß in dem Masloff-Prozess die Geschworenen bei einem abgehaltenen Polstermin einstimmig der Ansicht waren, daß die objektiven Wahrnehmungen, die Masloff an dem Leichnam des Ermordeten gemacht haben wollte, nach den verlässlichen Verhältnissen möglich gewesen seien.

Dem Zeugen Kommissar Wehn wird von der Verteidigung noch die Frage vorgelegt, ob er bei einer Gelegenheit die Angabe eines Zeugen mit einer spöttischen Bemerkung wie „Lautsch“ oder dergleichen begleitet habe.

Präsi: Vielleicht ist Ihnen einmal der Fleck hochgekommen und Sie haben sich zu einer solchen Aeußerung hinstimmen lassen. — Zeuge: Das ist wohl möglich.

Präsi: Ich muß sagen, daß jeder Mensch, der die Akten durcharbeitet, hin und wieder versucht ist, sich an den Kopf zu fassen und sich zu fragen:

Was ist doch in der Welt alles möglich!

Rechtsanwalt Sonnenfeld: Hat der Kommissar Wehn nicht in einem Gespräch sich dahin geäußert, er habe gerade in Königs aufgehört, Antisemit zu sein?

Zeuge Wehn giebt zu, eine dahin gehende Bemerkung gemacht zu haben, daß er in Königs andere Sinnes geworden sei.

Angell, Bruhn wünscht vom Ersten Staatsanwalt Schweigger zu wissen, welchen Glauben er wohl den Zeugen Wehne beimesse.

Erster Staatsanwalt Schweigger: Dem Wehne würde ich nicht ein Wort glauben.

Nach Verlesung der Aussagen der Frau Hof, der Frau Masloff und anderer auf die Masloff-Affäre bezüglicher Zeugen wird die Näherin Anna Hof, früher in Königs, jetzt in Berlin, vernommen. Sie ist die Tochter der wegen Meineides verurteilten Frau Hof, die jetzt ihre Strafe in der Strafanstalt Rhein verübt. Sie soll aus Aussagen können, daß eines Abends die Polizei unter Führung des Polizeikommissars Bloch mit blauer Waffe durchs Fenster in die Wohnung ihrer Angehörigen eingedrungen sei und die anwesenden weiblichen Mitglieder gepöbeln gesehen seien, sich in entsetzlichen Zustände des Wutens der Leute zu zeigen. — Die Zeugin behauptet dies nicht. Sie weiß nur, daß sie eines Abends Kravall und Pöppel-Pöppel auf der Straße gehört und, als sie danach schauen, die Polizisten mit gezogenen Säbeln auf den Hof eindringen gesehen haben. Als Winter ermordet wurde, sei sie bei Frau Dierich im Leichnam Hause als Aufwärterin thätig gewesen. Es ist behauptet worden, daß Frau Lewy am Sonntag, 11. März, der Zeugin gesagt habe, daß sie nicht in den Keller heruntergehen dürfe, um Kohlen zu holen. Die Zeugin bekräftigt unter ihrem Eide, daß eine solche Aeußerung der Frau Lewy gefallen sei. Sie habe am Vorabend wie gewöhnlich um 8 Uhr das Leichnam Haus verlassen und bis dahin nichts Auffälliges bemerkt. Sie sei am Montag früh in den Keller gegangen und habe dort angetroffen, sie habe dabei auch in den Leichnam Keller hineinschauen können, aber nichts Auffälliges bemerkt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen und die Verhandlung auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Handelskammer. In der am Sonnabend abend abgehaltener Sitzung wurde nach Erledigung verschiedener Eingänge, Wahl von Kommissionen usw. verhandelt wie folgt: 1. Die Kammer beschließt, in der Regel jede Woche Freitag nachmittags 5 Uhr eine Sitzung abzuhalten. Die nächste Sitzung wird öffentlich sein. 2. An den Ministern der öffentlichen Arbeiten soll der Antrag gerichtet werden, in die Reichs-Eisenbahndirektion Berlin, Bromberg, Altona, Ragnit und Erfurt je ein von der Handelskammer Berlin zu wählendes Mitglied und stellvertretendes Mitglied zu berufen. 3. Von den Handelskammern zu Bremen, Hamburg und Lübeck liegt ein Antrag vor, der die Haftung der Reeder aus dem Frachtvertrage betrifft. Gegenüber der eingereichten Praxis, wonach die Haftung der Reeder durch Montionsklauseln erheblich eingeschränkt wird, ein Verfahren, wodurch wiederum die Verlager ihrer Versicherungen gegenüber in mißliche Lage verlegt werden, stellen jene Handelskammern, denen bereits mehrere andere beigetreten sind, das Verlangen, daß diesen Klauseln ein Riegel vorgeschoben werde. Die Berliner Handelskammer beschließt, das Vorgehen der hiesigen Handelskammern zu unterstützen. 4. Der Minister für Landwirtschaft hat in der Frage der Viehversicherungen an die Landwirtschaftskammern Anfragen gerichtet, die sich auf den Preisstand, Konsumfähigkeit usw. beziehen. Es liegt ein Antrag vor, daß der Herr Minister für Handel und Gewerbe eine ähnliche Enquete durch Befragung der Handelskammern veranstalte. Der Antrag wird genehmigt. 5. In Erwägung, daß nach § 11 des am 1. Oktober d. J. in Kraft getretenen Geschäftsordnung das Rechnungsjahr mit dem Geschäftsjahre zeitlich zusammenfällt, sowie mit Rücksicht darauf, daß die Einziehung der Handelskammerbeiträge für das Geschäftsjahr 1902 noch nicht erfolgt sein konnte, wird der Beschluß vom 13. Juni 1902, für das laufende Kalenderjahr 3/4 Proz. der Gewerbesteuer zu erheben, dahin erweitert, daß für das bis zum 31. März 1903 laufende Rechnungsjahr 5 Proz. der Gewerbesteuer als Handelskammerbeitrag erhoben wird. Die Erhebung der Beiträge wird durch die Gemeinden gleichzeitig mit der Einziehung der staatlich veranlagten Gewerbesteuer für das vierte Kalenderquartalsjahr 1902 erfolgen.

Reorganisation der „Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft“. Die Verwaltung dieser Gesellschaft beruht auf den 28. Oktober eine ordentliche Generalversammlung ein, die über die langgeplante Reorganisation der Gesellschaft beschließen soll. Nach dem jetzt in seinen Einzelheiten verfaßten Plan sollen zunächst 1.200.000 M. Aktien zurückgekauft werden, die im Besitz der Aktienbesitzer für Ueberschüsse-Anlagen sind, im Austausch gegen die Elektrizitätswerke in Reichenbach i. S. Die erforderlichen Geldmittel sollen dadurch beschafft werden, daß von den verbleibenden 18.750 Aktien zu 1000 M. zwei Fünftel gleich 7500 Stück in Prozentige Vorkaufaktien mit dem Nennwert von 1500 M. mit dem Rechte auf vorzugsweise Verfertigung im Fall der Auflösung der Gesellschaft umgewandelt werden. Des weiteren werden 831 Vorkaufaktien zu je 1500 M. ausgegeben zum Zwecke der Vererbung der Aktien der drei Elektrizitätswerke in Thon, Sandberg, Altona-Rantensee, welche nicht im Besitze der Gesellschaft sind. Auf diese Weise sollen die Betriebsgarantien, welche die Gesellschaft den drei Werken gegenüber übernommen hat, ihre Erledigung finden. Diejenigen Aktien, welche nicht in Vorkaufaktien umgewandelt werden, sollen eine Zusammenlegung im Verhältnis von 4:1 erfahren.

Bei vollkommener Durchführung des Planes würden der Gesellschaft Vermittel im Betrage von etwa 4 Millionen Mark zufließen. Es würde die Gesellschaft ein Kapital von 12,5 Millionen Mark Vorkaufaktien und 2,8 Millionen Mark Stammaktien erhalten; die Obligationsschuld würde sich auf etwa 11,7 Millionen Mark vermindern. Von den Inhabern der 4 Millionen Mark der letzten Ausgabe liegen bereits feste Zusagen vor, daß sie die auf sie entfallenden Vorkaufaktien leisten werden. Durch die Schaffung von Vorkaufaktien und die Zusammenlegung soll der in der Bilanz freiverwendbare Betrag von etwa 18,2 Millionen Mark zunächst zur Befreiung der nunmehr 8,8 Millionen betragenden Unterbilanz, der Rest zu weiteren Betriebszwecken und zu Rückstellungen verwendet werden. Mit den Bankiers der Gesellschaft sind Vereinbarungen getroffen worden, wonach die Passivschuld von 9,2 Millionen teils durch Vorkaufaktien, teils durch Ausgabe von Aktien auf 7 Millionen ver-

mindert wird. In dieser Höhe wird der Kredit auf die Dauer von fünf Jahren gebunden mit der Maßgabe, daß nach drei Jahren vom 1. Januar 1903 ab zwei Millionen zurückgezahlt werden müssen. Die Rechte der Inhaber von Schuldverschreibungen soll nicht berührt werden, doch soll die Zustimmung der Obligationäre einholt werden zu dem mit den Bankiers der Gesellschaft abgesehenen Abkommen. Außerdem sollen sie auf das ihnen zustehende Recht, wegen der Zusammenlegung des Kapitals sofortige Verfertigung oder Zins erstellung verlangen zu dürfen, verzichtet. An diesen fährt wieder, wie durchweg bei den sogenannten Reorganisations der letzten Zeit, die Hoffnung. Den Aktionären werden beträchtliche Opfer zugemutet, die „Bankiers“ aber erhalten durch obiges Verfahren ihre Kredite sicher gestellt, ferner 2,2 Millionen Mark sofort und 2 Millionen in drei Jahren zurückgezahlt.

Die Parteigenossen Berlins

nahmen gestern abend die Berichte entgegen über die Thätigkeit ihrer Vertrauenspersonen, der Pres-, Lokal- und Agitationskommission. Dann erfolgten die Remonstrationen zu diesen Berichten, und ferner wurde über die Provinzialkonferenz sowie über den Freitag berichtet und diskutiert. — Ueber die einzelnen Versammlungen liegen folgende vorläufige Berichte vor:

In der Parteiverammlung des ersten Wahlkreises wurden als Vertrauensmänner die Genossen Dypel und Wehnacht gewählt; in die Preskommission: Strahl und Aubat; Lokalkommission: Ege und Rehen; Agitationskommission: Albin Schuster. Als Revisoren fungierten Fischer, Strechler und Woldt.

Die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises, die im großen Saale der Bodendruckerei tagten, wählten, nachdem die Parteifunktionäre ihre Geschäftsberichte erstattet hatten, für das neue Geschäftsjahr zu Vertrauenspersonen die Genossen Scholz und Werner, zu Mitgliedern der Preskommission die Genossen Fülle und Schröder, zu Mitgliedern der Lokalkommission die Genossen Volenzki und Wilhelm Röss, und zu Revisoren die Genossen Karl Henning und Dähne bestimmt.

Die Versammlung für den dritten Wahlkreis im Gewerkschaftshaus war sehr zahlreich besucht. Mit Rücksicht auf die kommende Wahlerede wurden zwei Vertrauenspersonen gewählt und zwar die Genossen Böhl und Hoch. Zu Preskommissions-Mitgliedern wurden vorgeschlagen die Genossen Krüger und Vos. Wegen der Person des Genossen Krüger erlosch Jahn's Einpruch, der unter Herbeiführung privater Verhältnisse des Genen Krüger diesem das Recht absprach, einen Vertrauensposten zu bekleiden. Mehrere Redner, darunter auch Abgeordnete, sprachen sich in der schärfsten Weise gegen dieses Verfahren Jahn's, der nicht einmal etwas zu beweisen versucht habe, aus. Bei der namentlichen Abstimmung wurden in die Preskommission Krüger und Vos delegiert.

In die Lokalkommission wurden die Genossen Dinke und Heise, in die Agitationskommission der Provinz Brandenburg Dinmich, zu Revisoren die Genossen Rappert, Schmidt und Polin gewählt.

Der vierte Wahlkreis. Die Parteigenossen des vierten Reichstags-Wahlkreises nahmen in der „Königsbühl“, Große Frankfurterstraße 117, die Berichte ihrer Vertrauensleute als auch die der Delegierten vom Provinzialparteitag entgegen. Die sich daran anschließenden Neuwahlen ergaben das folgende Resultat: Zu Vertrauensmännern wurden einstimmig gewählt: vom Osten die Genossen Otto Franke und Paul Schneider, vom Südosten die Genossen Hadelbusch und Jüchel. Als Revisoren ernannte die Versammlung für den Osten die Genossen Kaudak, Hiese, Kruath und Mahu, für den Südosten die Genossen Herrn. Voigt, Berlin und Herrn. Jäd. Ferner wurden gewählt: in die Preskommission vom Osten Genosse Pöhner, vom Südosten Genosse Riv. Weise, in die Lokalkommission vom Osten die Genossen Blume und Fritz Zimmermann; vom Südosten die Genossen Hauschild, Sedler und Bear; in die Agitationskommission vom Osten Genosse Wascwig, vom Südosten Genosse Karl Scholz.

In fünften Wahlkreis kräftigte sich an die Berichterstattung vom Parteitag und von der Provinzialkonferenz eine längere Diskussion, Wahlen wurden nicht vorgenommen.

Vom sechsten Wahlkreis war bei Schluß des Stattes ein Bericht noch nicht eingegangen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Durchfall des Centrums in Mannheim.

Mannheim, 7. Oktober. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Bei den heute vollzogenen Gemeindevahlen der zweiten Steuerklasse wurden gewählt von demokratisch-sozialistischer Liste acht, der freisinnig-nationalliberalen zehn Kandidaten. Das Centrum ist glatt durchgefallen und verliert alle bisherigen Sitze.

Zur französischen Bergarbeiterbewegung.

Paris, 7. Oktober. (W. T. B.) Von 47.000 Bergarbeitern des Kohlenbeckens Pas-de-Calais haben gegenwärtig 30.000 die Arbeit eingestellt.

Der Kohlenarbeiterstreik in Amerika.

New York, 7. Oktober. (W. T. B.) Durch den Befehl, durch den die Nationalgarde einberufen wird, werden die bereits im Kohlengebiet befindlichen 3000 Mann zählenden Truppen um weitere 7000 Mann verstärkt. Der Gouverneur begründet den Befehl damit, daß in mehreren Bezirken von Pennsylvania Gesetzlosigkeit herrsche. Die Lage werde immer enger. Die Truppen seien dazu bestimmt, die Arbeitswilligen, die Eisenbahnjäger und das Eigentum zu beschützen und diejenigen zu verhaften, welche Gewaltthätigkeiten begehen und Einschüchterungsversuche machen.

Der „Frankl. Jg.“ wird aus New York telegraphiert: Große Aufregung verursacht die Antändigung, daß der Vertrau die Preise für Brennstoffe erhöht. Die Gasgesellschaften können nicht mehr genügend Gas produzieren. Gestern wurden wieder eine Reihe weiterer Industrie-Etablissements geschlossen. Das Schagant wies die Zollbehörden an, bei der Einfuhr von Kohlen das größtmögliche Entgegenkommen zu zeigen.

Washington, 7. Oktober. Der Kommissar des Arbeitsamtes Wright begab sich gestern nach Philadelphia und überreichte dem Vorsitzenden des Ausschusses der Grubenarbeiter Mitchell eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt, in welcher letzterer sagt, daß er, wenn Mitchell für sofortige Wiederaufnahme der Arbeit durch die Grubenarbeiter sorgen wolle, eine Kommission einsetzen werde, um die zwischen den Grubenbesitzern und den Arbeitern strittigen Fragen zu prüfen und sein Votum ihm über, um die Streitpunkte in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Kommission zu regeln. Wobier es von Mitchell noch keine Antwort eingegangen.

Ans Buffalo wird gemeldet: Wie berichtet wird, hat Mitchell zu dem Vordrage des Präsidenten Roosevelt in der Kohlenfrage eine ablehnende Haltung eingenommen.

Sonntags (Kantabire), 7. Oktober. Die hiesige Grubenarbeiter-Vereinigung hat heute beschlossen, den amerikanischen Grubenarbeitern, die sich im Auslande befinden, eine Beihilfe von 1000 Pfund zu gewähren.

Genf, 7. Oktober. (W. T. B.) An amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß die meisten Gewerkschaften den allgemeinen Ausnahm beschlüssen haben. Der Tag, an welchem die Arbeit eingestellt werden soll, wird in einer Versammlung der Gewerkschaftskomitees am Mittwochabend festgelegt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Baugewerkschaften nahmen in ihrer Versammlung am Montagabend den Bericht der Lohnkommission über die mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen entgegen. In der betreffenden Sitzung waren die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeiter nur in ganz geringem Maße entgegengekommen, nichtsdestoweniger hielt es die Kommission in Anbetracht der allgemeinen Verhältnisse für das Beste, wenn der vereinbarte Vertragsentwurf angenommen würde. Punkt 1 desselben, welcher besagt, daß kein Zwang zur Ausführung von Accordarbeit ausgeübt werden darf und diese selbst nicht über neun Stunden täglich ausgedehnt ist, fand Annahme. Dagegen wurde die Forderung der Regelung der Lohnsätze abgelehnt. Es war wieder ein Staffeltarif vorgeschlagen, und zwar sollten erhalten wie früher: die besseren Arbeiter 50 Pf., die minder leistungsfähigen 50 Pf. und die im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit stehenden jungen Gesellen 45 Pf. pro Stunde. Obige Sätze sollten vom 1. August nächsten Jahres ab auf 60 resp. 55 und 50 Pf. erhöht werden. Die Versammlung beschloß: In allen Werkstätten, wo noch der Satz von 45 Pf. gezahlt wird, ist, falls sich die Arbeiter dieser Werkstätten damit einverstanden erklären, die Arbeit niederzulegen; in den übrigen Werkstätten wird weitergearbeitet. — Begründet wurde dieser Beschluß mit der grundsätzlichen Abneigung gegen Staffeltarife überhaupt; zum mindesten aber seien zwei Lohnklassen als völlig genügend anzusehen. Von einer Durchberatung der übrigen Punkte des Entwurfs nahm die Versammlung hierauf Abstand.

Kartonsarbeiter und Arbeiterinnen! Nach viertägiger Dauer ist der Streik bei der Firma Geißler zur Zufriedenheit der beteiligten Kollegen erledigt worden. Jung ist nach wie vor von der Firma M. Weß, Adalbertstraße 59, fernzuzulassen.

Näheres in der am Donnerstagabend 8 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27, stattfindenden öffentlichen Versammlung. Deutscher Einbinder-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Am dem beendeten Streik bei Proß u. Söhne waren nicht nur Graveure und Giseleure, sondern auch — was in unserm gestrigen Bericht nicht angegeben ist — Schlosser, Dreher, Gärtler etc. beteiligt. Die Vereinbarungen, auf deren Grund der Streik beendet worden ist, sind getroffen zwischen der Firma auf der einen Seite und dem Centralverband der Graveure und Giseleure sowie der hiesigen Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes auf der anderen Seite. Es ist zu hoffen, daß die Vereinbarungen einen dauernden Frieden in der Fabrik verhängen.

Der Ausbruch der Kollisionskatastrophe vom Anhalter Bahnhof sollte am Dienstagmittag Gegenstand von Verhandlungen zwischen Vertretern beider Teile sein. Die Verhandlung hat, wie uns mitgeteilt wird, kein Ergebnis gehabt, weil der Vertreter der Arbeiterorganisation nicht anerkannt wurde.

Deutsches Reich.

Gewerkschaftliche Arbeitslorenzählung. Das Gewerkschaftsamt in Frankfurt a. M. hat bei dem Magistrat angefragt, ob er eine Arbeitslorenzählung vornehmen will. Wenn der Magistrat ablehnt, will das Gewerkschaftsamt sofort selbst die Arbeitslorenzählung in Angriff nehmen, wozu Gewerberat Altker seine Unterstützung zugesagt hat.

Das Gewerkschaftsamt in Magdeburg hat beschlossen, am ersten oder zweiten Sonntag im November eine Arbeitslorenzählung vorzunehmen. Die Vorbereitungen dazu sind bereits im Gange.

Ueber die Tischfabrik von Curt Winkler in Finsterwalde ist die Sperre verhängt, da der Arbeitgeber mehrere Arbeiter gemalregelt hat.

Ein Metallarbeiterstreik ist in den Köln-Lindenthafer Metallwerken ausgebrochen. Im Streik befinden sich 400 Arbeiter. Der Ausbruch hat, nach den vorliegenden Zeitungsberichten, eine eigenartige Ursache. Seit einem halben Jahr wurden in der Fabrik fortgesetzt Diebstähle an Material ausgeübt. Die Arbeiter hatten sehr zu leiden, weil man in ihren Reihen die Schuldigen suchte. Von den Arbeitern vorgenommene Nachforschungen ergaben jedoch, daß einige Angestellte und Meister die Diebe waren. Ein Meister ist deshalb kürzlich auf Verlangen der Arbeiter entlassen worden, die Direktion stellte ihm aber ein gutes Zeugnis aus. Auch bei anderen Meistern wurden Gegenstände aus der Fabrik gefunden. Die Direktion ging aber gegen diese nicht vor, dagegen wurden drei Arbeiter, denen nichts beweisen werden konnte, als Epithuben verurteilt. Die Arbeiter sind über diese Vorgänge sehr entrüstet und wollen die Sache der Staatsanwaltschaft anzeigen. Es wird auch noch über andre Mißstände geklagt, unter andern darüber, daß den Arbeitern der Besuch einer bestimmten, neben der Fabrik liegenden Wirtschaft selbst nach Feierabend verboten wird. Die Streikenden wollen den Kampf gegen diese Mißstände bis zum Neujahr durchzuführen. In der Fabrik arbeiten noch 102 Personen.

Holzarbeiter. Der Betrieb der Firma Kempf u. Geiger in Mühlberg am Inn (Bayern) ist, wie wir bereits mitteilten, gesperrt. Dasselbe firma sucht jetzt auch für ihre Fabrik in Neustadt im Mittelgebirge durch Zeitungsinserate Tischler und Maschinenarbeiter. Seitens der Arbeiter wird mitgeteilt, daß in Neustadt durchaus kein Mangel an Arbeitern herrscht und daß in dem genannten Betriebe die Löhne ungewöhnlich niedrig sind, weshalb die Holzarbeiter warnen werden, auf die Inserate hineinzufallen.

Der Schneiderstreik in Kempten ist beendet. Der Vermittlung des Fabrikinspektors gelang es, eine Einigung herbeizuführen, bei der beide Teile Entgegenkommen zeigten.

Ausland.

Der Streik der Hafnarbeiter von Genoa gewinnt an Ausdehnung. Die Ausfuhr der Lastfuhrwerke haben ihren Unternehmern mitgeteilt, daß sie Waren, die von Streikbrechern verladen sind, nicht befördern werden. Der Streik richtet sich nicht gegen die Reederei und Kaufleute, sondern gegen die Schiffsmittler, die Steuer. Diese beherrschen den Hafen; sie haben sich als die Besitzer der großen Lastfähnen ein Monopol geschaffen und sich damit selbst die Kaufherren tributpflichtig gemacht. Nun haben aber die Arbeiter eine Widerstandsvereinerung und eine Kooperationsvereinerung gegründet und verlangen die Beseitigung der Zwischenunternehmer, die ihnen mehr als die Hälfte des von den Reedern gezahlten Lohnes vorenthalten. Die Arbeitskommission hat sich mit einem Schreiben an die Reederei gewandt; diese haben aber in ablehnendem Sinne geantwortet. Die Arbeiter verlangen ferner das Eingreifen der Regierung.

In Gomo (Italien) ist ein neuer Beberstreik zum Ausbruch gekommen, an dem 2100 Personen beteiligt sind.

In Gubbio (Umbrien) streikten seit dem 1. Oktober einige Tausend Landarbeiter, sie verlangen neue Kontrakte.

Der Kohlenarbeiter-Streik in Amerika.

Die gestern von uns gebrachte Mitteilung, daß Präsident Roosevelt einen erneuten Versuch zur Beilegung des Streiks machen werde, wird in den heute eingelaufenen telegraphischen Nachrichten wiederholt und weiter ausgesprochen. Nicht sehr wahrscheinlich klingt eine Meldung, wonach der Morgarbeiter-Führer Widdell damit einverstanden sein soll, daß Morgan die Entscheidung in der Streitfrage zwischen den Arbeitern und den Grubenbesitzern fällen soll. Es scheint dem doch nicht verständlich, daß die Arbeiter den Kapitalmagnaten als den Mann ihres Vertrauens be-

trachten sollten. Allerdings mag auch Morgan ein geschäftliches Interesse an der Beilegung des Streiks haben. Aus den neuesten Meldungen geht hervor, daß er zu Vermittlungsversuchen bereit zu sein scheint und daß, falls diese nicht zu einer baldigen Beilegung des Streiks führen, der Präsident Roosevelt fest entschlossen sei, den Kongreß in beiderer Session zu berufen und demselben als Bohnsahntmahlregel in dringendem öffentlichen Interesse die vorläufige Beschlagnahme der Gruben zu unterbreiten, um dieselben unter Staatsaufsicht bearbeiten zu lassen, bis eine Verständigung mit den Grubenbesitzern erzielt worden sei. Die Berichte aus Washington wie aus den Kreisen der großen Kohlenmagnaten lauten so widersprechend, daß es nur schwer ist, die wirkliche Lage zu überblicken. Offenbar lämpfen die verschiedenartigsten feindseligen Strömungen gegeneinander. Die Presse ist ebenso geteilt. Fast sämtliche Blätter mit Ausnahme der direkt die Mininginteressen vertretenden, greifen den Kohlenring an und sehen selbst in Morgans Interventionsanerbieten ebenso wie in seiner scheinbaren Sorge für die Armen nur einen Vorwand.

Aus der Frauenbewegung.

Die Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine beschloß dahin zu wirken, daß zur sozialstatistischen Abteilung des Reichsstatistischen Amtes Frauen sowohl als Beamte wie als Mitglieder des Beirates zugelassen werden. Daß die Zulassung als Beamte gerade bei dieser einzelnen Behörde besonders gefordert wird, erscheint aus als Meinungsstärker, sobald man einmal die Zulassung der Frauen zu jeder wissenschaftlichen und amtlichen Thätigkeit nach Maßgabe der Befähigung erhebt. Die Forderung der Zulassung von Frauen zum Beirat dieses Amtes ist dagegen ganz berechtigt.

Die Versammlung beschäftigte sich weiter mit der Prostitutionsfrage und forderte die Abschaffung der Reglementierung. Dazu wurde noch beschlossen: „In Anbetracht der sich häufenden polizeilichen Mißgriffe auf Grundlage des § 361, Ziffer 6 des Reichsstrafgesetzbuchs erklärt der Bund deutscher Frauenvereine diesen Paragraphen, der ein Ausnahmefall für das weibliche Geschlecht enthält, für eine Schmach der gesamten deutschen Frauenschaft. Die zahlreichen Verhaftungen unbescholtener Frauen beweisen, daß jede Frau einer unerbittlichen Polizeiwilktur preisgegeben ist und die Polizei, welche dem Schutze und der Sicherheit der Bürgerschaft dienen soll, wird durch diesen Paragraphen zu einer Gefahr für die weibliche Hälfte des Volkes. Der Bund deutscher Frauenvereine hält es daher für die unabwiesbare Pflicht jedes deutschen Ehrenmannes, solidarisch mit den deutschen Frauen von den gesetzgebenden Körperschaften die Beseitigung dieses Paragraphen zu verlangen.“

Gefordert wurde ferner die Zulassung der Mädchen zu allen Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Real Schulen und Realschulen für Knaben. Ein Antrag, eine Petition zur Zulassung von Frauen zu den Schulaufsichts-Behörden an die Einzelparlamente zu richten, wurde einer Kommission zur Ausarbeitung überwiegen, ebenso ein Antrag, der das Studium der Frage der Mutterrechtsklassen wünscht. Zur Frage des Frauen-Stimmrechts wurde mit großer Mehrheit beschlossen:

„Es ist dringend zu wünschen, daß die Bundesvereine das Verständnis für den Gedanken des Frauen-Stimmrechts nach Kräften fördern, da alle Bestrebungen der Bundesvereine erst durch das Frauen-Stimmrecht eines dauernden Erfolges sicher sind.“

Eine Illustration zu dem Protest gegen den § 361 des Str.-G.-B. bildet die Meldung, daß an demselben Tage abends eine Delegierte, Frau Hilbe v. D. aus Berlin, auf dem Wege zum Sitzungssaal von einem Polizisten auf der Straße verhaftet worden ist, weil sie auf der Straße „so langsam gegangen sei“. Nach Feststellung ihrer Persönlichkeit wurde sie ohne Entschuldigung entlassen.

Lokales.

Die Auflösung des Provinzial-Parteitag des Mark Brandenburg will der Stellvertreter des Polizeipräsidenten, Geheimrat Ober-Regierungsrat Friedheim, ebensowenig wie die Entfremdung der Frauen als unberechtigt anerkennen. In dem Bescheid auf die Beschwerde des Vorsitzenden des Provinzial-Parteitag heißt es: „Allerdings habe Schaubert die Sitzungen des Provinzial-Parteitag als „öffentliche“ angemeldet. Indessen seien die Versammlungen tatsächlich von der Agitationskommission veranstaltet, in deren Auftrag Schaubert als Mitglied der Kommission bei der Anmeldung gehandelt habe. Die Agitationskommission sei ein politischer Verein. Deshalb unterliegen auch alle von ihr veranstalteten Zusammenkünfte der Mitglieder und Träger der Beschränkung des Gesetzes, nach der „Frauenvereine“ den Versammlungen und Sitzungen solcher politischen Vereine nicht beizuwohnen dürfen.“

Auch die Auflösung der noch nicht eröffneten Versammlung am Sonntag, den 31. August, sei gerechtfertigt gewesen. Denn nachdem dem Polizeibeamten die Anmeldebekanntmachung vorgelegt war und ein Vortrag, welcher die Versammlung programmmäßig einleiten sollte, begonnen hatte, habe er diese Thatsachen für ausreichend erachtet können, um den Beginn der Versammlung anzunehmen.“

Sobald Ausführungen der Bescheid des Polizeipräsidenten enthält, so viel Irrungen enthält er. Die Agitationskommission ist kein Verein. Wäre sie aber auch ein Verein, so würde doch der Provinzial-Parteitag niemals eine Versammlung oder Sitzung dieses Vereins sein können, selbst wenn nicht Genosse Schaubert, sondern die Agitationskommission die Versammlung einberufen hätte. § 3 Abs. 3 des Vereinsgesetzes verwehrt „Frauenvereine, Schülern und Lehrlingen“ Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine“ beizuwohnen. Eine öffentliche Versammlung wird nicht dadurch eine Vereinsversammlung, daß auch Mitglieder eines Vereins ihr beizuwohnen. Gälte man dem Polizeipräsidenten selbst zu, daß § 8 Abs. 3 des Vereinsgesetzes zu Recht bestche, daß ferner die Agitationskommission ein politischer Verein sei, daß endlich die Kommission des Provinzial-Parteitag einberufen habe, so wird man doch soweit nimmer gehen können, die aus etwa 100 Teilnehmern bestehende öffentliche Versammlung des Provinzial-Parteitag, die von einem aus der Mitte der Teilnehmer gewählten Bureau geleitet wird, für eine „Sitzung“ oder „Versammlung“ der aus 10 Mitgliedern bestehenden Kommission zu erachten, denn das wäre eine logische Unmöglichkeit als vorhanden anzunehmen. Diese Unmöglichkeit hat auch die Polizeibehörde von Berlin seit 1892, also zehn Jahre hindurch, als Unmöglichkeit erkannt und demgemäß niemals bis zu diesem Jahre der Zulassung der Frauen zum Provinzial-Parteitag etwas in den Weg gelegt. Es ist diese Abweichung von der logisch zutreffenden Auslegung der Thatsachen und der Gesetze um so auffälliger, als dieselbe Polizeibehörde in diesem Jahre die Anwesenheit von Frauen auf der Versammlung von Mitgliedern des politischen Vereins „Bund der Landwirte“ im Circus Babely unbehindert zugelassen hatte. Es ist selbstverständlich von dem Bescheid des schlecht unterrichteten Stellvertretenden Polizeipräsidenten an den besser zu unterrichtenden Oberpräsidenten Beschwerde eingelegt.

Die Landesversicherungs-Anstalt Berlin bringt soeben ihren Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1901 zur Veröffentlichung. Der selben Zuwahme der Dienstgeschäfte entsprechend repräsentiert derselbe schon einen stattlichen Band von 140 Seiten, auch sind ihm diesmal mehrere graphische Tafeln, zum Teil in farbiger Ausführung, beigegeben, welche im Interesse einer besseren Veranschaulichung der statistischen Resultate mit Verfall begehrte werden dürften. Nach dem

Jahresabschluss beliefen sich die Gesamt-Einnahmen der Anstalt auf 9 200 268 M., darunter über sieben Millionen Beiträge. Die Ausgaben auf 10 648 903 M., darunter 6,87 Millionen für Vermögensanlagen, 2,67 Millionen für Renten und 974 164 M. für Geheilverfahren. Der Bestand an Wertpapieren betrug am Jahresabschluss noch über 55 Millionen Mark, während der Barbestand einen Hehlbetrag von nahezu 804 000 M. aufweist. Die Zunahme der Anstaltseschäfte läßt recht deutlich der im Laufe der letzten Jahre auf 131 Köpfe angewachsene Beamtenkörper erkennen; 1891 betrug die Zahl der Beamten nur zwanzig!

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagabend 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Sechs Naturalisationsgesuche. — Wahl je eines Mitgliedes: in das Kuratorium zur Verwaltung der Heimstätten, in die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege, in die Direktion des Märkischen Provinzial-Museums, in die Deputation für die innere Ausbesserung des Rathauses, in die Deputation für Statistik und in die Sanitäts-Kommission Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend: die Verneuerung der Mitglieder des Kuratoriums der städtischen Heimstätten für Genese. — Vorlagen, betreffend: die Verlegung der Mädchen-Fortbildungsschule aus der Alten Jakobstraße 33 nach der Altkaiserstraße 23, — die Rückverweisung der Plammen der öffentlichen Beleuchtung und des Umfanges der Gasversorgung und des Gasverbrauches während des Vierteljahres April-Juni 1902, die Jahresabschlüsse für 1901: der Verwaltung der Markthallen, des Viehmarktes, des Schlachthofes, der Fleischbeschau auf dem Schlachthofe und der Fleischbeschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch sowie des Verwaltungsfonds der Sparkasse nebst Anlagen, — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl von zwei unbesoldeten Stadträten eingesetzten Ausschusses. — Berichterstattung, betr. die Wahl von 4 Stadtverordneten und 4 Bürgerdeputierten in die neu zu bildende Deputation für die Verwaltung der König Friedrich-Stiftung, eines Mitgliedes in den Ausschuss für Rechnungssachen, eines Mitgliedes in die Deputation zur Verwaltung der Park-, Garten- und Baumanlagen, sowie eines Bürgerdeputierten für die Deputation der städtischen Straßenpflege.

Neubauten im Zoologischen Garten. Auf Anregung des Landwirtschaftsministeriums und auf Grundlage eines Vertrages mit diesem Ministerium wird im Zoologischen Garten eine neue maleische Baugruppe errichtet werden. Die eine Hälfte der geplanten Gesamtanlage, die zunächst nur ausgeführt werden soll, ist, wie die „D. Bauztg.“ meldet, nach den Vereinbarungen mit dem Ministerium dazu bestimmt, ein heimisches Nutzvieh, wie Rindvieh, Pferde, Esel etc. zu züchten und die Züchtung zum Gegenstande des Studiums für Interessenten zu machen. In die Anlage, die sich um den Ausgang gegen den Tiergarten gruppiert, sind die beiden hier vorhandenen Thorgebäude einbezogen, die so erweitert werden sollen, daß sie außer dem Stallraum zusammen sieben kleine Wohnungen enthalten. Für die von Architekten Frey Gottlob entworfenen Bauten ist märkische Backsteinarchitektur mit Giebeln und Türmen gewählt. Die Baukosten sind auf etwa 235 000 M. veranschlagt; der zunächst auszuführende Teil wird etwas über 100 000 M. beanspruchen.

Folgen der Arbeitslosigkeit. Die Zunahme der Ueberweisungen an das Arbeitshaus, über die wir bereits berichtet haben, ist in den letzten Monaten so bedeutend gewesen, daß es der Verwaltung eine Zeit lang sogar nicht mehr möglich war, sämtliche zur Einlieferung kommenden Personen ordnungsmäßig einzulassen und den notwendigen Wechsel der Kleider und Betten durchzuführen. Die Mittel, die hierfür im Etat für 1902 vorgesehen waren, haben sich sehr bald als völlig unzureichend erwiesen, weil die Arbeitshaus-Frequenz schon gegen Ende dieses Sommers um etwa 600 Köpfe über die Erwartung hinausging. Infolge dessen ist bereits jetzt durch die Beschaffung der Kleider und Betten eine Etatsüberschreitung um 9000 Mark notwendig geworden, für die der Magistrat die Stadtverordneten um ihre Zustimmung ersucht. Eine Vorname der Frequenz sei, so fügt der Magistrat hinzu, nach den zahlreich vorliegenden noch unerledigten Ueberweisungsbeschlüssen noch nicht abzusehen. Man erinnert sich bei dieser Lage unwillkürlich der Haltung, die der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung im vorigen Winter gegenüber dem die Arbeitslosigkeit betreffenden Antrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten eingenommen haben. Damals sollte ja wohl von einer außergewöhnlich großen Arbeitslosigkeit nichts zu merken sein.

Ueber ein unangenehmes Malheur, das dem konservativen Central-Wahlverein des Teltow-Beetzow-Storower Kreises passiert ist, berichtet das „Zeit. Kreisbl.“: Der Verein hatte seine Mitglieder am Montag zu einer Versammlung, die vertraulicher Natur war, nach der Victoria-Bräunerei einberufen. Es wurde beschlossen, den weiteren Ausschuss zum 20. Oktober zu einer Sitzung einzuberufen, in der „die Reichstags- und Landtagswahlen“ auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Aus der letzten vertraulichen Sitzung waren an bisher unangefasste Weise Dinge in die Öffentlichkeit gekommen, die den Vorsitzenden veranlaßten, der Sache auf den Grund zu gehen. Als derselbe die zur Damentheke führende Thür des Sitzungszimmers öffnete, stand hinter derselben, wie und geschrieben wird, ein fremder Mann mit Pfeife und Papier, der sich als ein Reporter Schäfer aus der Alvenslebenstraße entpuppte.

Ein Kriminalroman. Aus der alten Liebermannschen Pfandleihe wurden, wie wir berichteten, vor einigen Tagen von Einbrechern für 15 000 M. Goldschmuck und besonders Brillanten gestohlen. Die Kriminalpolizei hielt unter ihren alten Bekannten Ausschau, wer wohl der Thäter sein oder bei der Sache beteiligt sein könnte. Der erste Verdacht richtete sich gegen den Einbrecher Schütte, der aber nicht gefunden werden konnte. Da entdeckte man in der Poststraße einen „Baron von Röllendorf“, der sich in dem Haus Nr. 8 eine prächtige Wohnung eingerichtet hatte und von dem niemand sagen konnte, wovon er lebte. Da der Herr Baron eine auffallende Ähnlichkeit mit dem verschwundenen Schütte aufwies, so wurde er auf Schritt und Tritt scharf beobachtet. Da zeigte sich denn, daß er einige kostbare Sachen versteckt und daß er in Verbindung stand mit einem Herrn Lskar „v. Bergen“, der mit seiner Geliebten Lona Hilberbrand in der Zimmerstr. 57 in Sans und Trams lebte. Herr „v. Bergen“, in dem bald ein mehrfach vorbestrafter Einbrecher Moritz Goldbart festgestellt wurde, war augenblicklich mit seinem Schwager Moritz Kosselkraut aus der Brunnensstraße verheiratet. Lona, die er allein zurückgelassen hatte, wußte mitzuteilen, daß ihr Freundchen v. Bergen nach Leipzig und Hamburg gefahren sei. Währenddessen vertrieb sie sich die Zeit tagsüber in der Friedrichstraße und des Nachts in Cafés. Dabei suchte sie alle Rivallinnen durch die Kostbarkeit ihres Schmuckes aus. Ihr Lskar hatte ihr edle Brillanten verehrt, Brillanten aus der Liebermannschen Pfandleihe, wie die beobachtenden Kriminalbeamten bald erkannten. Dann kam ein Telegramm aus Hamburg nach der Zimmerstr. 57. Lskar fragte seine Lona: „Kann ich kommen oder haben sie Lampen?“ Diese Depesche erhielt aber nicht Lona, sondern die Kriminalpolizei, die scharf beobachtete. Sie telegraphierte Herrn v. Bergen zurück: „Komm, haben keine Lampen!“ Ahnungslos kam Herr v. Bergen wieder nach Berlin, nachdem er mit seinem Schwager seinen Anteil an der Liebermannschen Pfandleihe in Leipzig und Hamburg zum größten Teil veräußert hatte. Die Kriminalpolizei ließ ihn ruhig nach Hause gehen, nur daß ihm einige Beamten auf dem Wege folgten. Dasselbe Geleit erhielt Kosselkraut nach seiner Wohnung in der Brunnensstraße. Lona war zwar etwas überfallen, doch aber hoch erheitert, ihren Lskar so bald wiederzusehen und noch dazu mit so viel Geld! Bevor sie aber noch dazu

Sam, ihn zu fragen, weshalb er schon so früh gekommen sei, fand das Wiedersehen eine unangenehme Störung. Herr v. Bergen wurde unerbittlich nach dem Polizeipräsidium geholt und Lona mußte ihm folgen. Am Alexanderplatz fanden sich zur selben Zeit auch Herr v. Möllendorff alias Heinz Schütte und Moritz Mastelant auf besondere Einladung ein. Die Herrschaften wollten von einem Einbruch bei Liebermann nichts wissen, als was in den Zeitungen stehe. Als man ihnen jedoch die in der Wohnung in der Vorfigstraße und bei Lona Hildebrandt unterdessen beschlagnahmten Kostbarkeiten zeigte, gaben sie schließlich klein bei. Goldbar und seinem Schwager wurden das bare Geld und die Handschmucke abgenommen. Ein Teil der Wertgegenstände aber wollte nicht zum Vorschein kommen. Erst auf Zureden des verhörenden Kriminalkommissars gab Schütte das Versteck an. Er hatte einen Teil seiner Werte im Tiergarten vergraben. Kriminalbeamte fuhren mit ihm hinaus und fanden die Kostbarkeiten an der bezeichneten Stelle, in einem Gefäß in der Nähe der Hühnergruppe. Schütte gestand auch, bei wiederholten Einläufen in der Handschmucke den Einbruch auszubaldern und dann mit seinen beiden Freunden den Plan näher ausgearbeitet zu haben. Die ganze Gesellschaft wurde heute dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Zu dem Unfall im Betriebe der Firma Siemens und Halske schreibt man uns noch: Die Firma Siemens und Halske schiebt in ihrer Verichterung in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ den tödlichen Unfall des Maschinenformers Max Neumann auf ein Selbstverschulden dieses selbst, weil er beim Forttragen der gefüllten Gießpfanne an der Gabel einer der anderen Gießpfannen hängen geblieben, die vor dem Ofen ihren Stand hatten. Dadurch sei er zu Fall gekommen und mit den Händen und dem Körper in das auf den Boden ausgeflossene Eisen geraten. Der in Frage kommende Gang sei breit genug. Diese eigne Mitteilung der Firma Siemens und Halske zeigt, daß hier von einem Selbstverschulden des Verunglückten keine Rede sein kann. Denn wenn vor dem Ofen unter der Abfluhrinne noch andere Gießpfannen ihren hängenden Platz hatten und zwar so, daß man an den Jangen derselben hängen bleiben kann, so war das Durchpassieren durch dieselben eben behindert und die Gelegenheit gegeben, beim Fortschleppen der mit geschmolzenem Eisen gefüllten Gießpfanne an denselben hängen zu bleiben und auszurutschen, wobei man nicht vergessen darf, daß die gefüllten Gießpfannen gewöhnlich über 20 Kilo flüssiges Eisen enthalten. Gerade weil beim Abheben der Schmelzpfanne und beim Tragen der gefüllten Gießpfannen durch Verschieben oder Verschütten des geschmolzenen Eisens oder Stahls die Formet leicht verbrannt werden können, so schreiben die betreffenden Berufsvereinigungen für diese Arbeiten nicht nur feste, härtere Fußbelleidung (Schuhstiefel oder Lederschuhe mit Leder- oder Abbeißgamaschen) und fest anliegende Drillkleidung oder noch besser Arbeitshosen vor, sondern sie bestimmen auch, daß der Platz vor dem Ofen und die Gänge von denselben zu den Gießpfannen vollkommen frei und breit genug zu umgebenem Durchpassieren sein sollen. Es wäre jedenfalls besser gewesen, diese Unfallverhütungsvorschriften ganz zu erfüllen, zumal solche schwere Unfälle bei Siemens und Halske ebenso wie anderwärts schon öfter vorgekommen sind, als in wenig edler Weise dem in so färschlicher Weise ums Leben gekommenen noch den Vorwurf des Selbstverschuldens ins Grab nachzuschleudern. Denn wäre in der Rautlocher Gießerei der Platz vor dem Ofen nicht vorschriftswidrig durch andere Gießpfannen beengt gewesen, so hätte Neumann nicht an der Gabel einer dieser anderen Gießpfannen hängen bleiben und dadurch zu Fall kommen können.

Ein Kind verbrannt. Eine aufregende Szene spielte sich gestern vormittag um 10 1/2 Uhr in dem Hause Scharrenstr. 16 ab. Dort wohnt im ersten Stock des Vorderhauses der Heiliggeistkützig mit seiner Frau und zwei Kindern im Alter von 5 und 2 1/2 Jahren. Die beiden Kinder waren um 10 1/2 Uhr allein im Wohnzimmer, als die Mutter in der Küche und der Vater in seinem Laden im Nebenhaus beschäftigt war. Plötzlich kam der fünfjährige Sohn mit lautem Geschrei in die Küche gelaufen. Die besorgte Mutter eilte in das Wohnzimmer und fand das 2 1/2-jährige Töchterchen Margarethe mit brennenden Kleidern unter dem Sofa liegen. Mit Hilfe ihres Mannes, der gleich herbeigerufen wurde, bewachte sie das Kind und erlöschte die Flammen mit Kleidungsstücken. Die von den Nachbarn gerufene Feuerwehr fand die Wohnstube verqualmt und ihre Samarter riefen das dem Erschden nahe Kind ins Leben zurück. Aus dem schadhaften Kachelofen war Feuer herausgefallen und hatte das Kleid der Kleinen und einen in der Nähe stehenden Tisch in Brand gesetzt. Das Kind, welches in seiner Angst unter das Sofa gekrochen war, wurde tot herangezogen. Der Körper war erheblich verbrannt.

Ein diebischer Uhrmacher ist wieder festgenommen worden. Der Uhrmachergehilfe Eugen Knifling bot sich zur Ausbesserung von Uhren in der Wohnung an und bemalte jeden Augenblick, den

man ihm allein ließ. Wertgegenstände in seine Taschen verschwinden zu lassen. Vorgestern, Montagmorgens, hatte er in der Vorfigstraße eine Uhr gerade wieder aufgehängt und wollte mit dem Vertiko eine silberne Figur verschwinden war. Einem Schutzmänn übergeben, befreit Knifling zunächst, die Figur sich ausgegnet zu haben, räumte es dann aber ein. Er hatte sie unbemerkt in die Tasche gesteckt. Dem Verhafteten werden eine ganze Reihe solcher Diebstähle zur Last gelegt.

Ein Streit um die Werte verriet zwei Einbrecher, die in der Nacht zum Montag aus dem Tuch- und Buchbinderei-Geschäft von Siegmund Hahn in der Vorfigstraße für 600 bis 700 M. Waren stahlen. Die Hausdiener Gustav Biesing und August Schulz waren früher in dem Hahn'schen Geschäft thätig gewesen und kannten daher alle Räume. Nachdem sie nun schon länger außer Stellung gewesen waren, beschloßen sie, durch einen Einbruch sich wieder Geld zu verschaffen. Als aber bei der Verhärkung der Werte einer den andern zu überbieten versuchte, gab es Streit. Hieraus erfuhr ein Tröbder, daß es bei dem Handel nicht mit rechten Dingen zugehe, und holte die Polizei. So wurden die Einbrecher verhaftet. Sie wollen es nun beide „nicht gethan haben“, sondern schieben sich gegenseitig die Schuld zu, indem jeder behauptet, er habe „nur Schmirer gestanden“. Da aber der „Schmirersteher“ nicht besser ist als der Einbrecher und ebenso bestraft wird wie dieser, so müßte die gegenseitige Verschuldung keinem von beiden, und einer wie der andere wurde gestern nach Moabit in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand gestern abend gegen 1/8 Uhr in der Franzlauer-Allee, Ecke der Saarbrückerstraße statt. Dort selbst hielt an der H-Zeile ein Straßenbahnzug der Linie Weissenhof-Mathaus. Ihn folgte ein zweiter Straßenbahnzug der Linie Franzlauer-Allee-Martin Lutherstraße, der welcher mit ziemlich großer Kraft auf den Vorzug anfuhr. Der Zusammenstoß war derartig gewaltig, daß der Kraftwagen Nr. 1798 des anführenden Zuges sich in den Dedflügel-Anhängewagen 409 festließ. Da es unmöglich war, die beiden Wagen wieder auseinanderzulösen, mußten sie ausgefetzt und nach dem Bahnhof XXII gebracht werden. Leider wurde bei dem Unfall auch ein Fahrgast verletzt: der Kaufmann Müller Bierwälder, 47, der sich auf der Hinterplattform des Anhängewagens befand, erlitt Querschnitten am Arme. Er ließ sich auf der Unfallstation in der Reibelfstraße einen Verband anlegen.

In der Drochse verstorben ist gestern nachmittag der 32-jährige Versicherungsbeamte Stoy, welcher in der Victoria angestellt war. Als er um 4 Uhr das Gebäude der erwähnten Versicherungs-Gesellschaft verließ, wurde er plötzlich von Unwohlsein befallen und er befiel an dem nächsten Drochsen-Halteplatz einen Taximeter in der Abfahrt, nach Hause zu fahren. In dem Augenblick, als sich der Kutscher nach dem Ziele der Fahrt erkundigen wollte, brach er zusammen, während sich ein Blutstrom aus Mund und Nase ergoß. Der Kutscher brachte den Verunglückten nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße, doch verstarb er schon auf dem Transport dorthin.

Feuerbericht. Dienstagmorgens 4 Uhr wurde die Wehr nach der Kommandantenstraße 18 gerufen. Hier war in dem Lagerraum einer Stahlfabrik auf nicht ermittelte Weise ein Feuer ausgebrochen, das Stühle und allerlei Verpackungsmaterial ergriffen hatte. Es gelang indes der Wehr, die Flammen bald zu erlöschten, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Gardinen und Kleidungsstücke hatten in der Nacht zum Dienstag in der Friedenstraße 63 in einer Wohnung Feuer gefangen. Zur selben Zeit hatte die vierte Compagnie in der Straße am Circus 12a mit der Ablösung eines Brandes zu thun, der in einer Mechanikerwerkstatt ausgebrochen war. In der Endenerstraße 18 war gegen 10 Uhr in einem Keller ein Brand entstanden, der Gerümpel und Verpackungsmaterial ergriffen hatte, aber noch in Entstehung unterdrückt werden konnte. Durch die Explosion einer Petroleumlampe war um 11 Uhr in der Georgenstraße 70 ein Feuer ausgebrochen, das in der Hauptsache Decken und Möbel beschädigte. In der Dranierstr. 74 hatte Zug 17 einen Brand abzulösen, der durch einen Schadhast gewordenen Ofen entstanden war. Wäschestände wurden in der Großen Frankfurterstr. 67 durch Feuer zerstört. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Michaelstr. 48 und von der Spenerstr. 21 zu verzeichnen, die indes beide auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Das Apollo-Theater hat für diesen Monat eine Reihe beachtenswerter Spezialitäten engagiert, unter denen vor allen die ausgezeichneten Turnkünstler Gebrüder Damm auffallen. Sie geben sich als „Lomische Krokodile“, bringen aber am Red Produktionen zur Aufführung, die über das Menschennögliche fast hinausgehen. Die Art, wie der Kräftigere der beiden langsam am Red zum Handstand emporsteigert, ist einzig in seiner Art und zeugt ebenso

von beispielloser Geschicklichkeit wie von einem enormen Kraftvermögen. Weiter nennen wir aus dem Programm die Bunte Musikantentruppe der Savonas und die australische Koloraturfängerin Florence Esdale. Vorzüglich sind die Kunstfahrer Elliott, eine Gesellschaft, der auch zwei Kinder im zarten Alter angehören. Dies kleine Paar hat es auf dem Fahrrad ebenfalls weit gebracht; die Frage aber, ob es an sich angebracht ist, so kleine Geschöpfe öffentlich auftreten zu lassen, müßten wir nicht ohne weiteres bejahen. — Die Lindeische Operette „Elysitra“ feuert, mit einem Ueberfluß von Kalamuren gewürzt, der 200. Aufführung entgegen.

Zeugengesuch. Am 25. Juli, einem Donnerstage, entstand von dem Hause Königstr. 24 eine Ausbreitung, bei der einer der Beteiligten von seinem Gegner vor die Brust geschossen wurde. Einer der Zuschauer rief dem Geschlagenen zu, sich eine derartige Behandlung doch nicht gefallen zu lassen. Dieser bisher unbekannt gebliebene Mann, anscheinend ein Arbeiter, wird dringend ersucht, seine Adresse auf dem Postamt 19 in der Beuthstraße unter der Chiffre S. B. 40 niederzulegen. Auslagen werden gern vergütet.

Aus den Nachbarorten.

Steglich. Ueber „Arbeitslosen-Versicherung“ wird Genosse K. A. L. Berlin in der heute, Mittwochabend bei Schellhase, Altonastraße, stattfindenden Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins sprechen.

Groß-Lichterfelde. Diejenigen Mitglieder des Wahlvereins, die mit ihren Beiträgen schon längere Zeit im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben in der heutigen Versammlung zu entrichten, andernfalls sie gestrichen werden müßten. Die Bezirksführer wollen ebenfalls mit dem Hauptkassierer abrechnen.

Mit der Gültigkeit der Wahl des Stadtverordneten-Ost im 4. Bezirk beauftragte sich die Stadtverordneten-Versammlung in Schöneberg am Montag beinahe 1 1/2 Stunden lang. Mit großem Eifer hatte sich der Bezirksführer für die Ungültigkeitserklärung, Stadtschneider, ins Zeug gelegt. Und dabei konnte nach den neuerlichen Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts und den objektiven Feststellungen des Wahlausschusses, entgegen den Behauptungen der eingelassenen Proteste, nur die Gültigkeit ausgesprochen werden, die dann auch mit 23 gegen 13 Stimmen erfolgte. Ein Antrag des Stadtschneiders, Dr. v. Gordon auf nochmalige Zurückweisung an den Ausschuss hatte mit 22 gegen 19 Stimmen keine Annahme gefunden. In wirkungsvoller Weise traten unsere Genossen Masch und Käfer der Ansicht des genannten Herrn entgegen, der, nebenbei gesagt, nur als einziger Redner gegen die Gültigkeit auftrat. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß man nur auf einmal, wo es sich um einen prinzipiellen Gegner handele, die für sie günstige Städte-Ordnung heranziehen wolle, während man in der gleichen Sache, bei der Ungültigkeitserklärung der Wahl von Däumig im Frühjahr d. J. sich eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts zu muge gemacht habe. Mit Recht kritisierten unsere Vertreter den eigentümlichen Zufall der wiederholten Mitwirkung jener „Protest-Partei“ in der Klagenstraße, der aber diesmal nicht zuverlässig gearbeitet zu haben schien. Mit dem Stadtschneider ist unsere Fraktion im Stadtparlament nun auf sechs Mann angewachsen, die der bürgerlichen Mehrheit schon oft recht lästig geworden ist. Auf die Drohung ihres marktesten Vertreters, des Stadtschneiders, daß in dieser Wahlfrage „das letzte Wort noch nicht gesprochen sei“, dürfte jedenfalls noch eine weitere Managage folgen.

Der Petition betreffend die Fleischsteuerung ist der Magistrat beigetreten, er hat dieselbe der Staatsregierung unterbreitet. Nach einer Zusammenstellung, die der Begründung beigegeben ist, sind im Orte im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre die Fleischpreise im Detailverlauf, wie folgt gestiegen: Für Schweinefleisch von 0,69 bis 0,85 auf 0,88—0,99, für Rindfleisch von 0,63—0,88 auf 0,80—0,92, für Hammelfleisch von 0,68—0,76 auf 0,85—0,94 und für Kalbfleisch von 0,67—0,82 auf 0,86—0,93 9/10.

Steglich. In der gestrigen Erziehung zur Gemeindervertretung in der III. Abteilung des zweiten Bezirks wurde der Kandidat des Mietervereins, Wohlfahrt, mit 225 Stimmen gewählt. Der Kandidat des Christvereins, Göge, brachte es auf 156 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war eine recht schwache, es wählten nur 20 Proz. Unsere Genossen hatten keinen Kandidaten aufgestellt.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 8. Oktober 1902. Ein wenig wärmer, ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und möglichen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Theater.
Mittwoch, 8. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Der Fieslerlag.
Schauspielhaus. Das große Licht.
Deutsches. Norma.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Westen. Der Dorfkrump.
Kessing. Kallwasser.
Reue. Letzte Reue.
Residenz. Seine Kammerzofe.
Thalia. Er und seine Schwester.
Central. Orpheus in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr.
Schiller. O. (Wallner-Theater).
Der Tartuff. Der Arzt wider Willen.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Dr. Mann.
Carl Weiss. Gräfin Vassalis.
Luisen. Berlin wie's weint und lacht.
Cirkus. Corradini, Ihre Familie.
Athenon. Serenissimus.
Apollo. Elysitra. Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten.
Buntes Theater. Aufführung des Heine-Denkmals. Der Hund. Bunter Teil.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Arianon. Die Liebeshaukel. (La Bascale).
Wissenschaft. Die Lieber des Musikanten.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterlokal). Tausend Jahre deutscher Kultur.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt. Beste Operette in 4 Akten von Cremieux. Musik von Offenbach. Mittwoch und Donnerstag: Orpheus in der Unterwelt. Freitag, den 10. Oktober (Abonnement-Billetts gültig): Die Fledermaus. Samstagabend: Orpheus in der Unterwelt. Sonntagmorgens: Der Vogelshändler. Abends: Orpheus in der Unterwelt. Abonnement-Billetts sind zu haben. Kassenpreise täglich an der Kasse zu haben.
Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72—73.
Anfang 7 1/2 Uhr. Beste Woche!
Er und seine Schwester.
Guido Thielscher als Erster-Darsteller. Fritz Helmolding. Gerda Walde. Herbert Paulmüller. August Reiff. Morgen und folgende Tage: Er und seine Schwester.
Sonntag, 12. d. M., nachmittags 3 Uhr bei kleinen Geissen: Schulsig. Drama in 3 Akten von A. Wolz.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstrasse 132.
Gräfin Vassalis.
Romanisches Schauspiel in 5 Akten von Ernst Kellerleib.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnenabend. 8 Uhr: Tausend und eine Nacht. Sonntagabend: Benefiz für Herrn Ernst Kellerleib: Die arme Kreator. Sonntagmorgens 3 Uhr: Der Reitermann und sein Pflegetochter.
Apollo-Theater.
Zum 190. Male:
Lysistrata
Operette in 2 Akten von Paul Linde. Carola, Steidl, Heck, Kettner, Kröcher, Lieban, Perry, Runge.
Jerner: Die phänomenalen neuen Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Tartuff.
Lustspiel von Molière. Frei übersetzt von Ludwig Fulda.
Hierauf:
Der Arzt wider Willen.
Schwank von Molière. Deutsch von J. S. Vierling.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Tartuff.
Hierauf: Der Arzt wider Willen.
Freitagabend 8 Uhr:
Moritur!
Buntes Theater
(Ueberbrett).
Anfang 8 Uhr. Köpenickerstraße 68.
Entwicklung des Heine-Denkmal. Der Hund. — Bunter Teil.
Vortrag: O. Straus.
Wiederauftreten von **TINY SENDERS.**
Bozema Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lasson.
Cirkus Schumann
Karlstrasse. Cirkus Ranzgebäude.
Heute Mittwoch, den 8. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Grosser Gala-Abend
mit den Sensations-Dressuren.
Die dreifache Fahrschule ohne Zügel, ger. vom Direktor.
Die dressierten Bierbrauerpferde
Neueste Creation des Direktors Albert Schumann.
Mr. Dangerfield und sein Diener Brodrick, Reiterschers.
Fr. Dora Schumann, beliebte jugendliche Schulleiterin.
Gerettete der Insel 25 Martinique.
Die lustigen Tyroler von den Clowns Gorty, Rapps, Flipp.
3 Eldreds zu gleicher Zeit auf ein Pferd springend.
10 Goni Truppa.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten von Adolph L'Arronge.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Hottenburger.
Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Serenissimus
Eine Hofkomödie in 4 Akten von Leo Feld.
Anfang 8 Uhr.
Deutsche Konzerthallen.
In der Spandauerbrücke 5.
Größtes Vergnügungslotal Berlins.
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich Matinee von 12—2 Uhr.
Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**
Entrée: Sonntag 50 Pf., Sperrst. 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sperrst. 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Die sensationellen lebenden Bilder, dargestellt v. 6 jungen Damen.
Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.
Passage-Theater.
Anfang Sonntags 8 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Mellinis dunkles Geheimnis.
Neu! Lu Dalys Englische **Damen-Boxerinnen und Ringerinnen**
zum erstenmal auf dem Kontinent.
Georgette Lange, Excentric-Tänzerin.
14 erstklassige Nummern.
Wilhelm-Theater.
Friedrichstrasse 236.
Zum 3. Male:
Die Lieder des Musikanten.
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 12. Oktober: Erste Nachmittagsvorstellung (halbe Kassenpreise).

Luisen-Theater.
Berlin, wie es weint u. lacht.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf a. 10—2 Uhr.
Anwalden- und Künstlerbank.
Morgen: Die Dame von Lyon.
Freitag: Berlin, wie es weint und lacht.
Sonnenabend: Marie-Anne.
Sonntagmorgens: Die Dame von Lyon. Abends: Robert und Bertram.
Cirkus Busch.
Mittwoch, den 8. Oktober er., abends 8 Uhr:
Grosse Vorstellung
mit täglich wechselndem, grossartigem Programm.
Casino-Theater
Lohseing-Strasse 37.
Neu! Corradini etc.
Dazu einige Male: „Ihre Familie“ mit B. Richter und G. Berg.
Anfang: Wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
In Vorbereitung:
„Ein Sohn des Volkes.“
W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Vollständ. mit Gesang u. Angenumber.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Morgen Donnerstag: Flotte Weiber.
Bernhard Rose-Theater.
Badstr. 58.
Mittwoch, den 8. Oktober 1902:
Zum erstenmal:
Graf Waldemar.
Schauspiel in 5 Akten von G. Freytag.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Metropol-Theater.
Berlin bleibt Berlin.
 Grosse Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.
 Emil Thomas u. G. Josef Joseph. Henry Bender. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Wini Grabitz. Johanna Junker-Schatz.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen gestattet.

Buggenhagen
 am Marienplatz.
 Heute Mittwoch:
Militär-Konzert
 8. Garde-Regim. zu Fuß.
 (Herr Goerisch).
 Im Kaiser-Saal:
Bückeburger Sänger.

Wintergarten
 Gratin und Dubois. Excenrics. Duncan's Gross. schott. Schäferhunde. Robinson-Baker-Trio. Hochspringer. Elise de Vere. Soubrette. Los Floridos, Spanische Tänzerinnen. Die 2 Freydos, Professoren u. Schüler. Die Tourbillon-Truppe. Radfahrer. Sisters Carey's dressierte Papageien.
Carl Maxstadt, Humorist.
Liane de Vries, Pariser Soubrette.
Kara, Meister-Jongleur.
Angèle Van Zoo, Sängerin v. kgl. Theat. Brüssel.
Cleo de Mérode Tänzerin von der Gr. Oper i. Paris.
 Biograph.

Palast-Theater
 Direktion: Richard Winkler.
Großer Lächerfolg der Aus- 9 Uhr: Kartungspoliz: 9 Uhr:
Berliner in Steglitz.
 Das phänom. Oktober-Programm.
 Willi u. Rosita Sands. Euerclaff. Lissi de Dio. Kollum-Soubrette. Hue und Mao. Transformationskoll. Benedetti. Universal-Koll. Georg Paulsen. Astronauten-Symphonie. Fritz Borend mit sein. Originalschloß. Leichtes Blut. Damen-Zerzett. Eliss Gebhardt. Hoffmann. Soubrette. Lewy Uschy. Soubrette.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang: Donnerstag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
 Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.
 (Weid. Victor, Schöner, Max Stebb, Strone, Bohme, Gode, Mann, Späthner etc.)

Steidl-Theater.
 Linienstr. 132
 am Dramen- burger- Thor
 Täglich humorist. Soiree u. a.:
Studenten Lust u. Leid
 Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
 Vorverkauf 11-1 Uhr.
 Sonntag u. Donnerstag im Festsaal Langhanschen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 333.
Donnerstag, den 9. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr
Versammlung der Former und Berufsgen.
 im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streit bei Grunauer u. Co. und seine Ursachen. 2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den übrigen Giebereien. 3. Diskussion. 4. Verbands-Angelegenheiten.

Bezirks-Versammlung
 für Südosten, Süden und Centrum
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (gr. Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein über: „Die Organisation, Kampfmethoden und soziale Lage der Metallarbeiter in England“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Beschließenes. 4. Zahlreichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Kartonarbeiter u. -Arbeiterinnen.
 Am Donnerstag, den 9. Oktober 1902, abends 8 Uhr.
Öffentliche Versammlung
 im Englischen Garten, Alexanderstraße 27.
 Tages-Ordnung:
 1. Was lehrt uns der Streit bei Max Beck u. Geisler? Referent: Kollege Eugen Brückner. 2. Diskussion. 3. Beschließenes. 4. Zahlreichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Bauarbeiter Berlins und Umgegend (Burgerträger).
 Freitag, 10. d. Mtz., abends 8 Uhr, bei Wernan, Schwedterstr. 23:
Grosse öffentliche Versammlung
 sämtlicher Putzerträger Berlins u. Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen C. Böttcher über Jeweil und Ziel der Gewerkschaftsorganisation. 2. Diskussion. 3. Beschließenes. 4. Zahlreichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung der Zählstelle Berlin I. A. A.: Julius Deichläger.

Verband der Sattler.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30.
 Fernspr.: Amt VII Nr. 1559.
Donnerstag, den 9. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr,
 in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung und Bericht vom dritten Quartal 1902. 2. Die nächste General-Versammlung. Referent: Kollege Johann Sassenbach. 3. Diskussion. 4. Beschließenes.
 Zu dieser Versammlung legitimiert das Mitgliedsbuch.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

14. Stiftungs-Fest
 bestehend in
Konert, Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz.
 Festrrede, gehalten vom Kollegen G. Assmann.
 Von 6 Uhr ab im unteren Saal, nach der Vorstellung in beiden Sälen: Tanz. (Nerven, die am Tanz teilnehmen, zahlen 40 Pf. nach.)
 Eröffnung 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pfennig.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 Das Vergnügungskomitee. A. H.: W. Teschke.

Verein der Rohrer Berlins u. Umgegend.
 Sonnabend, den 11. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr,
 im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c
 im großen Festsaal 1 Treppe:
Feier des 3. Stiftungs-Festes.
 Die Ballmusik wird von Civil-Vernunftmusikern unter Leitung des Dirigenten Herrn Max Behnfeld ausgeführt.
 Festrrede, gehalten vom Genossen Paul Jahn.
 Eintritt Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
 Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu freundlichst eingeladen.
 Der Vorstand.
 NB. Unter Arbeitsnachweis befindet sich bei Patt, Dragonerstr. 15. Der Obige.

Verein abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.
 Mittwoch, 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Holzstraße 3:
 Vortrag des Stadtverordneten Dr. Hermann Weyl über:
Die Bekämpfung des Alkoholismus durch die städtischen Gemeinwesen.
 Gönne herzlich willkommen!
 201/12

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle Chausseestr. 103.
 Jeden Mittwoch und Sonntag:
Hamburger Sänger.
 Direktion Otto Steidl und Wilh. Wolff.
 Neu! Die lustigen Weiber von Stralau.
 Anf. 8 Uhr. Sonst gelten. Eintritt 30 Pf.
 Jeden Donnerstag: **Bergter-Konzert** und Familien-Kränzchen.
 Großer Ball.
 Jeden Sonntag von 5 Uhr an: 8 große und kleine Tische unter constanten Bedingungen zu vergeben.

Gemeins. Ortskranken-Kasse für Mariendorf und Umg.
 Am 16. Oktober, nachmittags 5 bis 8 Uhr, Ersatzwahl von 8 Arbeitnehmern-Beratern im Restaurant Engeland in Mariendorf, Feldstr. 14.
 Es werden nur wahlberechtigte Mitglieder zur Wahl zugelassen und haben sich diese durch ihre Mitgliedsbücher zu legitimieren.
 Mariendorf, 4. Oktober 1902.
 Der Vorstand.
 A. Sauer, 2. Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Vergolder u. Berufsgen.
 Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal VIII):
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung,
 wozu sämtliche Stammmitglieder eingeladen werden.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Gutzmann über: Reden und Schweigen vom ärztlichen Standpunkt. 2. Diskussion und Fragestellung. 3. Die Kosten der Arbeit werden erhöht, die Belastung an Unkosten der Mitglieder zu lassen. 4. Zahlreichen Erscheinen erwartet.
 Der Vorstand:
 Fritz Nicolai, Joh. Assmann, Carl, Marckens- Schriftl., Siegligerstr. 6.
 NB. Verhandlungen von Müll, Wein, Bären, Rastagen, Wellen, Prun- sändern, Glorben usw., bedürfen der Abstempelung seitens der Kasse.
 Das Kassenlokal befindet sich Engel-Ufer 15, Zimmer 18, und ist wochentags von 8-1 Uhr geöffnet.

Gelegenheits-Partie GARDINEN
 abgepasste Fenster, weiss und crème
 Shawlänge pro 3 Mtr. Fenster 2 50 u. 3 00
 Shawlänge pro 3,20 Mtr. Fenster 3 35 u. 4 00
 Shawlänge pro 3,65 Mtr. Fenster 4 05 u. 6 00
 Eleg. Secessions-Tüll-Stores 2 00 u. 2 85
 Gestickte echte Spachtel-Stores 6 00
 Goldfarbige echte Band-Stores 6 75 u. 7 50
 Nach auswärts per Nachnahme.
 Gardinen-Haus 5230 L.
Emil Lefèvre, BERLIN
 Oranienstr. 158.
 Katalog gratis und franco.

Gelegenheits-Partie GARDINEN
 abgepasste Fenster, weiss und crème
 Shawlänge pro 3 Mtr. Fenster 2 50 u. 3 00
 Shawlänge pro 3,20 Mtr. Fenster 3 35 u. 4 00
 Shawlänge pro 3,65 Mtr. Fenster 4 05 u. 6 00
 Eleg. Secessions-Tüll-Stores 2 00 u. 2 85
 Gestickte echte Spachtel-Stores 6 00
 Goldfarbige echte Band-Stores 6 75 u. 7 50
 Nach auswärts per Nachnahme.
 Gardinen-Haus 5230 L.
Emil Lefèvre, BERLIN
 Oranienstr. 158.
 Katalog gratis und franco.

Emil Lefèvre, BERLIN
 Oranienstr. 158.
 Katalog gratis und franco.

Die einzig dastehenden Fielitz-Briquetts
 (allererle Marke des ganzen Deutschen Reichs, Ostpreußen, Ober- und Niederlausitzer Kohlen-Region) in keine Stücke zerfallen, ersehen durch ihre großartige Heizkraft vollständig die Steinkohle und übertreffen durch ihre langanhaltende Glut den Coaks um Doppelte. Den Beweis kann sich jede Hausfrau durch eine Probe selbst liefern.
Billigste Bezugsquelle
Edmund Beese, Comptoir: Schwedterstr. 43.
Zitieren für den Kleinverkauf:
 Anklamerstrasse 23. Patbuserstr. 17.
 Anklamerstrasse 51. Rheinsbergerstr. 27.
 Chorinerstrasse 68. (Inhaber: C. Haberland).
 Dragonerstrasse 6a. Schlemmerstrasse 32.
 Druckerstrasse 89. Stargarderstrasse 57.
 Fehrbellnerstrasse 18. Stralunderstrasse 14.
 Griebenerstrasse 20. Swinemünderstr. 81.
 Oderbergerstrasse 31. Weissenburgerstr. 34.
 Pappel-Allee 27. (Inhaber: E. Röhl).
 (Inhaber: A. Bshn). 48322*

Todes-Anzeige.
 Am 6. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, entschlief nach längerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter sorgender Vater, der Tischler
Eduard Koroschadt
 im 65. Lebensjahre.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Moabitler Krankenhaus aus statt.
 20478

Statt besonderer Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Tochter
Johanna
 am Montag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Alter von 12 Jahren gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe in Wilhelmshagen statt.
 A. Drunsel und Fran.

Todesanzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß nach kurzem Leiden am 6. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, mein geliebter Mann und guter Vater, der Restanateur
Fritz Göttel
 im 43. Lebensjahre entschlief.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhalle Hohenstr. 3 nach dem alten Sophien-Kirchhof, Bergstr. 111.
 Die trauernde Witwe
 Emilie Göttel.
 25485

Dankfagung.
 Allen denen, die meinem Mann, meinem guten Vater die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere den Kollegen und Kolleginnen der Glanzfabrik Reumener sowie dem Chef, Herrn Dr. Reumener selbst, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Witwe Raczek nebst Kindern.

Dr. med. Schlesinger
 Herrl. physikalisch-diätetisches Heilverfahren behandelt m. nachweisl. gut. Erf.
Haut-, Harn-, Blasen- u. Frauenleiden.
 Sprechst. 2-31. d. Licht-Heilanstalt „Ephate“ Charlottenburg, Berlinstr. 123. Die Direkt. M. Kube u. C. Schulze.

Steppdecken
 kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S. 72, Wallstr. 72, Rosastrasse,
 wo auch alle Decken aufgearbeitet werden.
 51852*

36 Mark
 elegante Winter-Paletots, 30 Mark
 hochfeine Herren-Anzüge, 12 Mark
 schwere Winter-Beinkleider, guter Stoff, tadelloser Sitz.
14. Krausenstr. 14.
 1 Treppe, Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Treppe.
Treptow.
Köpnicker Landsr. 27,
 empfiehlt sein Lokal nebst kleinem Saal, 250-300 Personen fassend, zu jeder Art von Festlichkeiten.
 Einige Sonntage sind noch frei.
 Glas Bier 7/8, Bier 10 Pf. fl. Behälter. 52312*

Sein Quartalswechsel zum Abonnement empfohlen.
Die Neue Zeit
 Unter ständiger Mitarbeiterschaft von H. Sebel, Fr. Mehring, Paul Casaque u. A. redigiert von Karl Kaufsky
 Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
 Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 5389
 Preis pro Quartal Mf. 3.25, des einzelnen Hestes 25 Pfennig.

Die Gleichheit
 Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
 Redigiert von Alara Zetkin
 Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 3051
 Preis p. Quart. 55 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Der Wahre Jacob
 Erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt
 Redigiert von V. Seymann
 Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 7895
 Preis pro Quartal 65 Pf., der einzelnen Nummer 10 Pf.

Ledumin
 trocknet die Thränen der Hausfrau.
 52704*

gegen Cassa und Teilzahlung in der Fabrik
Möbel
H. Roggensack,
 Inh.: Paul Kraatz,
 N., Ruppinerstraße 5.
 Befichtigung ohne Kaufzwang.

